

7. DATENAUSTAUSCH MIT DEM BUNDESZENTRALAMT FÜR STEUERN



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

Nachrichten gemäß § 139 AO

7.1 Ausgangssituation und Zielsetzung

Durch den § 139a AO wird das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) verpflichtet, jedem Steuerpflichtigen ein *Identifikationsmerkmal zum Zweck der Identifizierung in Besteuerungsverfahren* zuzuteilen. Dieses ist bundesweit eindeutig und wird dem Steuerpflichtigen dauerhaft zugeordnet. Bei den Steuerpflichtigen wird unterschieden zwischen „*wirtschaftlich Tätigen*“ (diese erhalten eine Wirtschafts-Identifikationsnummer), und natürlichen Personen, für die „*Identifikationsnummern*“ vergeben werden. Das Identifikationsmerkmal besteht aus einer Ziffernfolge, die nicht aus anderen Daten über den Steuerpflichtigen gebildet oder abgeleitet werden darf. Es ist bei Anträgen, Erklärungen oder Mitteilungen gegenüber Finanzbehörden anzugeben. Da grundsätzlich jede natürliche Person im Inland steuerpflichtig ist, muss jedem der mehr als 80 Millionen Bundesbürger eine solche Identifikationsnummer (ID-Nummer) zugeteilt werden.

Das BZSt ist beauftragt, eine Datenbank (im folgenden BZSt-Datenbank) aufzubauen, die für alle Steuerpflichtigen die gesetzlich festgelegten Daten enthält (§ 139b Abs. 3 AO). Eindeutiges Kennzeichen ist die genannte ID-Nummer. In der BZSt-Datenbank wird für jeden Steuerpflichtigen ein Teil der Daten gespeichert, die auch in den Melderegistern zu finden sind, siehe § 139b Abs. 6 i. V. m. Abs. 3 AO). Die Daten dürfen ausschließlich für die in § 139b Abs. 4 AO genannten Zwecke genutzt werden, jede darüber hinaus gehende Nutzung ist untersagt (§ 139b Abs. 5 AO).

Tabelle 7-1: Datenfelder in der BZSt-Datenbank für natürliche Personen

Nr.	Inhalt	MRRG	XMeld (ggfs. Rolle)
1	Identifikationsnummer	§ 2 Abs. 2 Nr. 7	SteuerIdentifikation
2	Wirtschafts Identifikationsnummer	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	
3	Familienname	§ 2 Abs. 1 Nr. 1	Nachname (Familienname)
4	Frühere Namen	§ 2 Abs. 1 Nr. 2	Nachname (Geburtsname)
	Es ist zu klären, ob hier bei der Erstmeldung statt nur des Geburtsnamens auch Familiennamen vor Änderung (DSMeld-Felder 0203, 0204) zu übermitteln sind.		
5	Vornamen	§ 2 Abs. 1 Nr. 3	Vorname (aktueller Vorname)
6	Doktorgrad	§ 2 Abs. 1 Nr. 4	Titel
7	Ordensnamen/Künstlernamen	§ 2 Abs. 1 Nr. 5	WeitererName
8	Tag und Ort der Geburt	§ 2 Abs. 1 Nr. 6	Geburt
9	Geschlecht	§ 2 Abs. 1 Nr. 7	Geschlecht

Nr.	Inhalt	MRRG	XMeld (ggfs. Rolle)
10	gegenwärtige oder letzte bekannte Anschrift	§ 2 Abs. 1 Nr. 12	Wohnung bzw. Anschrift (siehe unten)
	<p>Hinweis: Im Register des BZSt wird nur die Anschrift der Hauptwohnung oder alleinige Wohnung des Betroffenen gespeichert (keine Nebenwohnungen). Nach Auffassung der OSCI–XMeld Projektgruppe ist es unter anderem aus Gründen der Erkennung (möglicher) Fehler erforderlich, zusätzlich zur Anschrift im Element zustaendigkeitsdatum auch das <i>Datum des Beziehens der neuen Haupt- oder alleinigen Wohnung (DSMeld 1301)</i> bzw. das <i>Datum des Statuswechsels von Neben- auf Hauptwohnung (DSMeld 1214)</i> zu übermitteln. Dieses Datum ist erforderlich, weil nicht auszuschließen ist, dass aufgrund einer hohen Mobilität einzelner Meldepflichtiger Nachrichten des Typs Datenuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504 beim BZSt nicht in der Reihenfolge der Ereignisse eintreffen (Nachrichten überholen sich aufgrund von Verzögerungen in den Meldebehörden). Hierfür muss jedoch die Rechtsgrundlage noch geschaffen werden. Analog besteht die Notwendigkeit, dem BZSt z. B. bei einem Wegzug ins Ausland ein Zuständigkeits-endedatum zu übermitteln. Auch hierfür muss die Rechtsgrundlage geschaffen werden.</p>		
11	zuständige Finanzämter	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	
12	Sterbetag	§ 2 Abs. 1 Nr. 19	Tod

Die Meldebehörden haben dem BZSt für Zwecke der erstmaligen Zuteilung der ID-Nummer die initialen Daten der in ihren Melderegistern geführten Einwohner mitzuteilen (§ 139b Abs. 6 Satz 1 AO). Das BZSt teilt jedem Steuerpflichtigen eine ID-Nummer zu und übermittelt diese den Meldeämtern zur Speicherung im Melderegister (§ 139b Abs. 6 AO).

Die Meldebehörden sind verpflichtet, Änderungen der Daten nach § 139b Abs. 7 AO dem BZSt mitzuteilen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Datenbestände zwischen den dezentral geführten Melderegistern und der BZSt-Datenbank konsistent sind und bleiben. Es ist von einer Größenordnung von über 10 Mio Geschäftsvorfällen pro Jahr auszugehen.

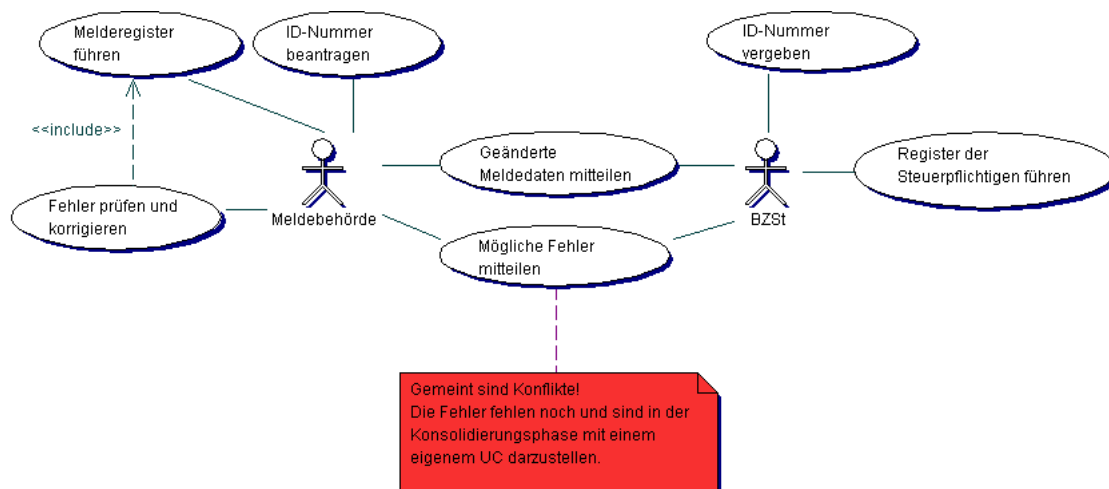
Sofern bei der Übermittlung von Daten zwischen Meldebehörden und BZSt Probleme oder Fehler bezüglich der ID-Nummer von Betroffenen auftreten, sind die Regularien des § 4a MRRG zu beachten:

(1) Ist das Melderegister unrichtig oder unvollständig, hat es die Meldebehörde von Amts wegen zu berichtigen oder zu ergänzen (Fortschreibung). Von der Fortschreibung sind unverzüglich diejenigen Behörden oder sonstigen öffentlichen Stellen zu unterrichten, denen im Rahmen regelmäßiger Datenübermittlungen unrichtige oder unvollständige Daten übermittelt worden sind.

(2) Liegen der Meldebehörde bezüglich einzelner oder einer Vielzahl namentlich bekannter Einwohner konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegisters vor, hat sie den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln.

(3) Die in Absatz 1 Satz 2 genannten Stellen, soweit sie nicht Aufgaben der amtlichen Statistik wahrnehmen oder öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften sind, haben die Meldebehörden unverzüglich zu unterrichten, wenn ihnen konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen. Sonstige öffentliche Stellen, denen auf deren Ersuchen hin Meldedaten übermittelt worden sind, dürfen die Meldebehörden bei Vorliegen solcher Anhaltspunkte unterrichten. Absatz 2 bleibt unberührt. Gesetzliche Geheimhaltungspflichten, insbesondere das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung, und Berufs- oder besondere Amtsgeheimnisse stehen der Unterrichtung nach Satz 1 und 2 nicht entgegen, soweit sie sich auf die Angabe beschränkt, dass konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen.

Insgesamt ergeben sich die in [Bild 7-1](#) dargestellten Verantwortlichkeiten.

Bild 7-1 Akteure und Verantwortlichkeiten der Datenübermittlung nach § 139a AO

Dieses Dokument beschreibt die für die Kommunikation zwischen Meldebehörden und BZSt anzuwendenden Prozessmodelle und Nachrichten. Es werden alle in § 139b AO genannten Geschäftsvorfälle unterstützt. In diesem Sinne ist dieses Kapitel der OSCI–XMeld Spezifikation vollständig. Es ist noch rechtlich zu prüfen, inwieweit diese Nachrichten auch bei besonderen Personenkreisen wie Adoptierte, Transsexuelle, Personen in Zeugenschutzprogrammen, etc., anwendbar sind.

Es muss an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen werden, dass die hier beschriebene Datenübermittlung neu ist. Im Unterschied zu den meisten anderen Kapiteln der OSCI–XMeld Spezifikation, in denen es „nur“ darum geht, bestehende Datenübermittlungen zu standardisieren, sind die hier beschriebenen Geschäftsvorfälle alle neu zu etablieren. Es besteht noch keine Erfahrung mit den Auswirkungen in der Praxis. Deshalb ist davon auszugehen, dass sich an den hier beschriebenen Prozessmodellen und Nachrichten bis zum vorgesehenen Einführungszeitpunkt, dem 01.01.2007, noch diverse Änderungen ergeben können. Es ist geplant, dass auf Basis dieser Version 1.2 von OSCI–XMeld erste prototypische Implementierungen erstellt werden, die in Tests zwischen Meldebehörden und dem BZSt im Jahre 2005 genutzt werden. Erfahrungen aus diesen Tests können dann in die nächste Version 1.3 eingebracht werden.

Wir weisen außerdem darauf hin, dass die folgenden rechtlichen Rahmenbedingungen baldmöglichst zu klären sind:

Tabelle 7-2: Noch zu klärende rechtliche Rahmenbedingungen

Klärungspunkt	Verantwortlichkeit
Die im Projekt OSCI–XMeld 1.2 erstellte Lösung zur Datenübermittlung an das BZSt geht davon aus, dass die ID-Nummer (und das vorläufige Bearbeitungsmerkmal) nicht nur bei Hauptwohnungen, sondern auch in Melderegistern der Nebenwohnung des Betroffenen gespeichert wird. Ist diese Annahme korrekt? (Was ist die Rechtsgrundlage, zu welchem Zweck werden ID-Nummer / vorläufige Bearbeitungsmerkmal in Nebenwohnungen gespeichert?)	Melderechtsreferenten / Innenressorts
Für inaktive Fälle sind Löschvorschriften und Aufbewahrungsfristen der ID-Nummer zu definieren.	BMF
Es ist noch rechtlich zu prüfen, inwieweit diese Nachrichten auch bei besonderen Personenkreisen wie Adoptierte, Transsexuelle, Personen in Zeugenschutzprogrammen, etc., anwendbar sind.	BMF und Innenressorts
Es ist zu klären, wie mit Mitteilungen aus Justizvollzugsanstalten, die meldebehördliche Aufgaben übernehmen, zu verfahren ist.	Innenressorts und BMF

Klärungspunkt	Verantwortlichkeit
Es ist zu klären, ob und welche zusätzlichen Daten der Meldebehörden zum Zwecke der vereinfachten Identifikation an das BZSt geschickt werden dürfen (Bsp.: Zugangsdaten). Insbesondere sollte geprüft werden, ob die Übermittlung von <i>Standesamtsdaten</i> erlaubt werden kann. Es handelt sich um die DSMeld Felder: <i>0604 Geburtsort - Standesamt; 0605 Geburtsort - Nummer des Geburtseintrags, 1902 Sterbetag - Sterbeeintrag - Standesamt</i> und <i>1903 Sterbetag - Sterbeeintrag - Nummer</i> .	BMF
Es ist rechtlich zu klären, ob die Übermittlung zusätzlicher Personendaten an das BZSt durchgeführt werden kann.	BMF
Im (kommenden) StÄndG 2004 wird klargestellt, dass das BZSt <i>befugt ist</i> , alle erforderlichen Personendaten zur Klärung des Sachverhalts an alle an einem Konflikt beteiligten Meldebehörden zu übermitteln. Davon ist ggf. auch der § 4a Abs. 3 MRRG betroffen. (AO und MRRG müssen hier zusammenpassen!)	BMF
Das MRRG muss ggf. dahingehend novelliert werden, dass das vorläufige Bearbeitungsmerkmal gespeichert werden kann.	Innenressorts
Es ist zu prüfen, ob eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung und Speicherung von <i>„Konfliktnummern“</i> im Melderegister erforderlich ist.	Innenressorts und BMF
Der Mustertext für die Anmeldung muss die Übermittlung von vorläufigem Bearbeitungsmerkmal und ID-Nummer im Rahmen des vorausgefüllten Meldescheines erlauben.	Innenressorts
Die Novellierung der 1. BMeldDÜV muss die Übermittlung von vorläufigem Bearbeitungsmerkmal und ID-Nummer erlauben.	Innenressorts
Die maximale Dauer eines gesamten Rückmeldeprozesses (also Rückmeldung inklusive Bearbeitung inklusive Rückmeldungsauswertung) sollte festgelegt werden. (Nach Auffassung der OSCI-XMeld Projektgruppe bezieht sich die 3-Tagesfrist im MRRG nur auf die Übermittlung der Rückmeldenachricht, nicht auf den gesamten Prozeß).	
Der Zeitraum (maximale Dauer) für die Übermittlung der Daten nach § 139 AO ist nicht festgelegt. Eine solche Festlegung ist u. a. im Sinne der Fehlererkennung notwendig.	BMF: Ergänzende Regelung zu § 139 AO
Um fehlerhafte Eintragungen in der BZSt Datenbank auf Grund chronologischer Inkonsistenzen ausschließen zu können, muss die Übermittlung des <i>Datums des Beziehens der Wohnung</i> bzw. das <i>Datum des Statuswechsels</i> erlaubt und gefordert werden (Zuständigkeitsdatum). Dasselbe gilt für das <i>Datum der Abmeldung ins Ausland oder nach Unbekannt</i> (Zuständigkeitsendedatum).	BMF: Ergänzende Regelung zu § 139 AO
Es ist zu klären, welcher Datenumfang (am besten mit DSMeld-Feldnummern) mit den <i>„früheren Namen (§ 139b Abs. 3 Nr. 4 AO)“</i> gemeint ist.	BMF
Es ist zu klären, welcher Datenumfang (am besten mit DSMeld-Feldnummern) mit der <i>„gegenwärtigen oder letzten bekannten Anschrift (§ 139b Abs. 3 Nr. 10 AO)“</i> gemeint ist.	BMF
Damit der Zuständigkeitswechsel unverzüglich dem BZSt mitgeteilt werden kann, soll bereits innerhalb des vorausgefüllten Meldescheines (Anmeldung.Datenbereitsstellung.0301) die ID-Nummer übermittelt werden. Nach derzeitiger Rechtsauffassung ist das derzeit nicht möglich.	Innenressorts

7.2 Übersicht über den Ablauf

In dieser Übersicht über den Ablauf werden die wesentlichen Entwurfsentscheidungen und Prinzipien dargestellt, anhand derer die Abläufe und Nachrichten entworfen worden sind.

7.2.1 Meldebehörden sind führende Systeme

Gemäß § 139b AO übermitteln Meldebehörden Daten der Betroffenen an das BZSt, damit initial eine ID-Nummer zugeordnet wird. Bei anschließenden Änderungen an den Daten des Betroffenen informiert die zuständige Meldebehörde das BZSt, damit die Änderungen auch im Register der Steuerpflichtigen nachgezogen werden. Damit ist klar, dass die Meldebehörden gegenüber dem BZSt die *“führenden Systeme”* sind.

In dem Design der Prozessmodelle und Nachrichten wirkt sich das so aus, dass das BZSt grundsätzlich die von den Meldebehörden übermittelten Anforderungen (*“ID-Nummer vergeben!”*; *“Daten ändern!”*) durchzuführen hat, wenn die Nachricht nicht offensichtlich fehlerhaft ist. Die Möglichkeiten der Plausibilitätsprüfung auf Seiten des BZSt sind nach jetzigem Kenntnisstand sehr begrenzt.

Das Entwurfsprinzip *“Meldewesen als führendes System”* wird an einer Stelle erweitert und an einer anderen Stelle bewusst durchbrochen:

1. Stellt das BZSt im Rahmen einer Anforderung einer ID-Nummer mittels eines Datenabgleiches in der BZSt Datenbank fest, dass es bereits Datensätze mit (fast) identischen persönlichen Daten gibt, so könnte dies auf eine *“Dublette”* hindeuten. Der Betroffene wäre irrtümlich in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet. Das BZSt vermutet einen Fehler in den Melderegistern und bittet die involvierten Meldebehörden unter Bezug auf § 4a MRRG um Klärung von Amts wegen. Dies ist im [Abschnitt 7.2.3 auf Seite 313](#) näher erläutert.

Das genannte Entwurfsprinzip wird also dahingehend *erweitert*, dass das BZSt eine Meldebehörde auffordern kann ihre Anforderung noch einmal zu überprüfen.

Sofern die Meldebehörden bei der Klärung zu dem Ergebnis kommen, dass es sich nur um eine zufällige Übereinstimmung von Daten verschiedener Personen handelt, so wird die Vergabe einer ID-Nummer erneut angefordert – diesmal mit dem Hinweis *“Anforderung nach Klärung”*. Das BZSt wird dann die ID-Nummer ohne erneute Prüfung vergeben.

Andernfalls wird die Meldebehörde die Anforderung der ID-Nummer stornieren.

2. Meldebehörden können auf Grund eigener Ermittlungen oder der Hinweise Dritter zu der Erkenntnis kommen, dass hinter zwei verschiedenen Identitäten (Datensätzen in Melderegistern mit unterschiedlichen ID-Nummern) in Wirklichkeit doch nur eine natürliche Person steckt. In diesem Fall muss das Melderegister korrigiert werden, indem der entsprechende Datensatz – und damit auch die ID-Nummer – aus dem Melderegister gelöscht wird. Zu den Folgeaktivitäten dieser Korrektur des Melderegisters gehört dann auch eine Nachricht an das BZSt, weil ja nunmehr bekannt ist, dass eine der beiden ID-Nummern fälschlicherweise vergeben worden ist.

Das Entwurfsprinzip *“Meldewesen als führendes System”* legt nahe, dass eine Nachricht mit dem Inhalt *“Lösche den Datensatz mit der ID-Nummer ... !”* an das BZSt gesandt wird. Diese Anweisung wäre vom BZSt-System zu befolgen.

Die Projektgruppe ist der Auffassung, dass dies zwar konsequent, aber der Sache nicht angemessen wäre. Das Entwurfsprinzip wird daher *bewusst durchbrochen*. Der Grund dafür ist, dass die Vergabe einer ID-Nummer ja auf Seiten der Finanzressorts zu diversen Seiteneffekten führt. Diese werden an dieser Stelle nicht weiter erläutert – hauptsächlich deswegen, weil sie noch nicht bekannt sind. Die ID-Nummer wird aber mit Sicherheit in Anwendungen wie zum Beispiel *“ELSTER Lohn II”* eine zentrale Rolle spielen, und vor diesem Hintergrund ist das Löschen der ID-Nummer zu gefährlich.

Stattdessen wird analog zum § 4a MRRG verfahren. Die Meldebehörden haben auf Grund eigener Erkenntnisse *“konkrete Hinweise, dass Unrichtigkeiten im Register der Steuerpflichtigen beim BZSt vorhanden”* sind. Konkret wird vermutet, dass es eine ID-Nummer zuviel gibt. Die Meldebehörden teilen dem BZSt diese Vermutung mit. Das BZSt wird dann den Sachverhalt prüfen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese können letztendlich zu der Löschung der angezweifelte ID-Nummer (inkl. des gesamten Datensatzes) führen, aber das ist dann Sache des BZSt.

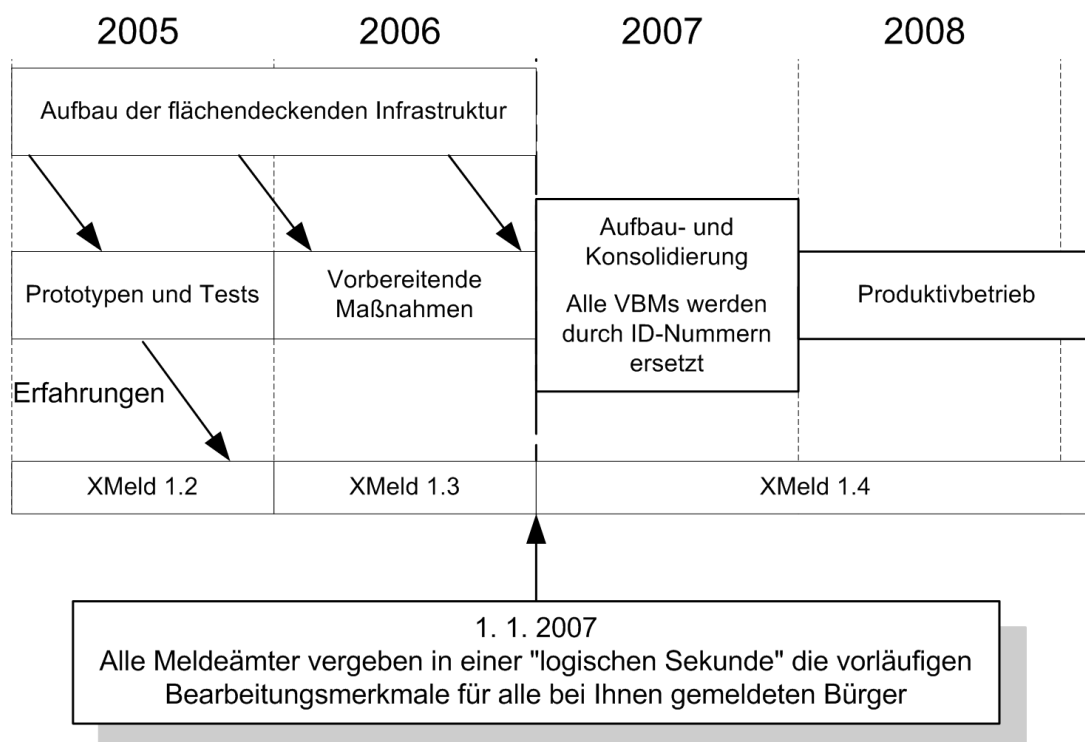
Es muss an dieser Stelle leider darauf hingewiesen werden, dass diese Verfahrensweise noch nicht konsequent zu Ende gedacht ist. So ist es zum Beispiel unklar, was geschieht, wenn das BZSt die Vermutung der Meldebehörde über eine Unrichtigkeit im Register der Steuerpflichtigen nicht nachvollziehen kann. Das BZSt würde also die von den Meldebehörden angezweifelte ID-Nummer unter Umständen nicht löschen. Dies führt dann zwangsläufig zu Inkonsistenzen: Das BZSt verfügt über Daten zu einer ID-Nummer, zu der es in keinem Melderegister eine Entsprechung gibt.

Es ist ebenfalls noch nicht klar, ob nicht das BZSt aufgrund von derzeit nicht bekannten Seiteneffekten (Vernetzung mit anderen Verfahren der Finanzressorts) weitergehende Möglichkeiten hat, Nachrichten der Meldeämter auf Plausibilität und Korrektheit zu prüfen.

7.2.2 Die Vergabe der ID-Nummern

Die erstmalige Zuteilung der ID-Nummer an ungefähr 80 Millionen in Deutschland gemeldete Personen wird nicht in wenigen Tagen zu erledigen sein. Dagegen spricht zum einen die erhebliche Datenmenge, die aus mehreren tausend dezentralen Melderegistern an eine zentrale Stelle zu übermitteln ist. Vor allem aber ist ein Konsolidierungsbedarf in erheblichem Umfang zu erwarten. Durch das Zusammenführen von bisher ausschließlich dezentral gespeicherten Daten an einer zentralen Stelle wird es zu Fällen kommen, in denen vermutete Unrichtigkeiten in Melderegistern von Amts wegen zu klären sind. Wir gehen daher von einer relativ langen *„Konsolidierungs- und Aufbauphase“* für die BZSt Datenbank aus. Nach jetzigem Kenntnis- und Planungsstand wird sie im Jahre 2007 stattfinden und mehrere Monate in Anspruch nehmen. Sobald diese Phase beendet ist (wenn also für einen hinreichend großen Anteil an Betroffenen die ID-Nummer ggfs. nach Klärung vergeben worden ist), wird sie durch den *„Produktivbetrieb“* abgelöst. In [Bild 7-2 auf Seite 311](#) ist dargestellt, wie nach jetziger Planung der zeitliche Ablauf sein wird.

Bild 7-2 Geplante Einführung der Datenübermittlung nach § 139b AO



Nach jetzigem Kenntnisstand unterscheiden sich aber die Prozesse in den beiden Phasen aus Sicht der Meldebehörden in logischer Hinsicht nicht. Alle von uns entworfenen Prozessmodelle und Nachrichten funktionieren in beiden Phasen identisch.

7.2.2.1 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM)

Da nach realistischer Planung die Aufbau- und Konsolidierungsphase mehrere Monate dauern wird, in dieser Zeit aber natürlich betroffene Personen weiterhin umziehen werden, bedarf es eines Mechanismus um zwischen Meldebehörden und dem BZSt die eindeutige Identifizierung von Personen sicherzustellen.

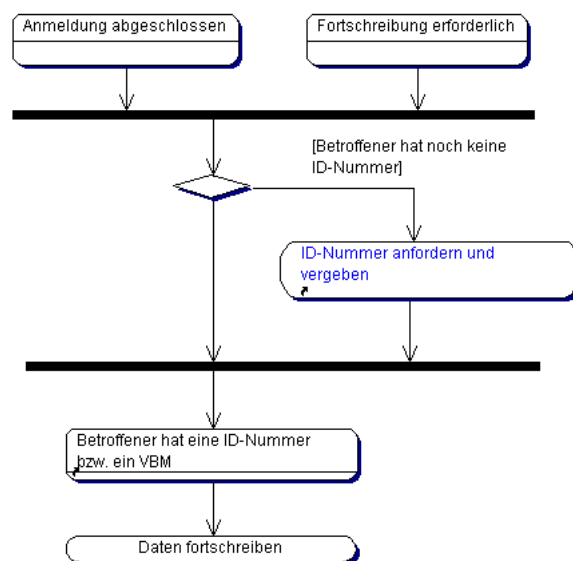
Zu diesem Zweck dient das *“vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM)”*. Für jede Person, der nach Kenntnis der Meldebehörde noch keine ID-Nummer zugeordnet ist, vergibt die Meldebehörde ein eindeutiges VBM. Anschließend wird unter Angabe des VBM für den Betroffenen die Vergabe einer ID-Nummer beim BZSt beantragt. Jegliche weitere Kommunikation zwischen Meldeämtern und dem BZSt erfolgt nunmehr unter Bezug auf dieses VBM. Wenn das BZSt für den Betroffenen eine ID-Nummer vergeben hat, teilt sie dies dem zuständigen Meldeamt mit. Dort wird dann das VBM durch die ID-Nummer ersetzt. (Das VBM wird im Melderegister gelöscht, statt dessen wird die ID-Nummer gespeichert).

Wenn ein Betroffener in der Zeit zwischen der Beantragung einer ID-Nummer und der Vergabe durch das BZSt umzieht und dadurch ein anderes Meldeamt zuständig wird, dann *“wandert das VBM mit dem Betroffenen”* zu der nunmehr zuständigen Meldebehörde. Dies erfolgt mittels des vorausgefüllten Meldescheines oder im Rahmen der Rückmeldung. Gleichzeitig wird dem BZSt unter Angabe des VBM das nunmehr für den Betroffenen zuständige Meldeamt mitgeteilt. Das BZSt ist dadurch in der Lage, die neu vergebene ID-Nummer dem jeweils zuständigen Meldeamt mitzuteilen. Die sichere Identifikation des Betroffenen auf Seiten der Meldebehörde erfolgt mittels des VBM.

Dieser Mechanismus gilt generell. Er wird aber insbesondere während der Aufbau- und Konsolidierungsphase intensiv genutzt werden, weil während dieser Phase von langen Zeiträumen zwischen der Beantragung einer neuen ID-Nummer und deren Vergabe auszugehen ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass der Betroffene in dieser Zwischenzeit seinen Wohnort wechselt und damit ein anderes Meldeamt zuständig wird, ist somit besonders hoch.

Zu einem festzulegenden Stichtag (nach jetziger Planung am 01.01.2007) vergeben alle Meldeämter *in einer logischen Sekunde* für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich gemeldeten Personen ein eindeutiges VBM. Anschließend beantragen sie auf die eben beschriebene Weise die ID-Nummer für diese Personen. Während der Aufbau- und Konsolidierungsphase wird zwischen den Meldeämtern und dem BZSt unter Bezug auf das VBM kommuniziert. Sukzessive werden die VBM durch ID-Nummern ersetzt. Irgendwann werden fast alle Konfliktfälle geklärt sein, und die meisten der zum Stichtag vergebenen VBM sind durch ID-Nummern ersetzt worden. Die Aufbau- und Konsolidierungsphase ist damit beendet, sie wird durch die Produktivphase ersetzt.

Bild 7-3 Übersicht über die Datenübermittlungen mit dem Bundeszentralamt für Steuern



7.2.3 Dubletten und Konflikte

Stellt das BZSt im Rahmen einer Anforderung einer ID-Nummer mittels eines Datenabgleiches in der BZSt-Datenbank fest, dass es bereits Datensätze mit (fast) identischen persönlichen Daten gibt, so könnte dies auf eine „*Dublette*“ hindeuten. Möglicherweise ist der Betroffene in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet. In mindestens einem der Melderegister ist dann eine Korrektur erforderlich. Es ist allerdings keineswegs sicher, dass es sich wirklich um ein Problem handelt. Es kann auch eine rein zufällige Übereinstimmung von Daten zweier verschiedener Personen vorliegen.

Das BZSt generiert in diesen Situationen einen Konfliktfall. Jeder Konfliktfall wird durch eine eindeutige Konfliktnummer gekennzeichnet. Das BZSt kann die Konflikte nicht klären, aber es ist zuständig für die Überwachung der Klärung durch die Meldebehörden.

Nachdem ein Konflikt festgestellt worden ist, informiert das BZSt alle involvierten Meldebehörden über das mögliche Problem. Um die nunmehr erforderliche Klärung von Amts wegen zu ermöglichen, werden allen im Konfliktfall involvierten Meldebehörden alle vorhandenen Informationen über den Betroffenen sowie über die Meldebehörden zur Verfügung gestellt.

Wir haben folgende Situationen identifiziert, die zu Dubletten führen können:

1. Erstvergabe – Das BZSt vermutet eine mögliche Dublette. Die Prüfung bei den Meldebehörden kann ergeben:

- Es handelt sich um zwei verschiedene Personen. Daher ist von beiden beteiligten Meldebehörden jeweils erneut die Nachricht **Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500** zu schicken, allerdings mit der Anforderungsart *„Anforderung nach erfolgter Klärung“*.
- Es handelt sich um ein- und dieselbe Person. Damit ist nur eine Gemeinde zuständig und schickt eine Nachricht **Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500** mit der Anforderungsart *„Anforderung nach erfolgter Klärung“*. Die andere Gemeinde schickt eine Nachricht **Datenuebermittlung.StornoAnforderungIdNr.0506**, um ihre vorherige Anforderung zu stornieren.

Ist der Einwohner aus der nicht mehr zuständigen Gemeinde verzogen, muss diese Gemeinde im Zuge der Abmeldung der Person das VBM löschen. Ergibt die Prüfung, dass zu dieser Person Haupt- und Nebenwohnungen bestehen, müssen die beteiligten Meldebehörden ihre Melderegister entsprechend fortschreiben und die ID-Nummer der zuständigen Hauptwohnung speichern.

2. Produktionsbetrieb:

- Durch die Berichtigung der Namensangaben oder des Geburtsdatums einer Person wird bei der Plausibilitätsprüfung im BZSt eine mögliche Dublette aufgedeckt. Die Lösungsmöglichkeiten sind wie bei der Erstvergabe.
- Erkennt die Meldebehörde in ihrem Bestand eine Dublette, führt sie diese beiden Datensätze zusammen und teilt dies dem BZSt mit der Nachricht **Datenuebermittlung.StornierungPerson.0507** mit.

7.2.4 Änderung persönlicher Daten des Betroffenen

Eine Nachricht zur Änderung der persönlichen Daten des Betroffenen erfolgt grundsätzlich immer unter Angabe des VBM oder der ID-Nummer des Betroffenen.

Es wird stets der gesamte Datensatz mit den aktuellen Daten nach Änderung übermittelt. Bei einer Fortschreibung werden in der BZSt-Datenbank alle vorhandenen Daten des Betroffenen durch die in der Nachricht befindlichen aktuellen Daten ersetzt. (Im Rahmen des § 139b AO speichert das BZSt die durch die Änderung inaktuell gewordenen Namens- und Adressangaben.) Dies gilt auch bei *„Änderung nach erfolgter Klärung“*. Bei einer Berichtigung der Daten sollte eine Überprüfung gegen den BZSt-Bestand erfolgen.

Änderungsnachrichten dürfen nur durch die für den Betroffenen zuständige Meldebehörde an das BZSt übermittelt werden. Änderungsnachrichten von nicht zuständigen Meldebehörden werden vom BZSt zurückgewiesen.

Bei einem Umzug/Statuswechsel des Betroffenen ist zwischen einer Ummeldung/Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde und einem gemeindeübergreifenden Umzug/Statuswechsel zu unterscheiden. Die Ummeldung / der Statuswechsel innerhalb der Gemeinde führt nicht zu einem Wechsel der für den Betroffenen zuständigen Meldebehörde. Dieser Geschäftsvorfall wird daher als normale Änderungsnachricht übermittelt. Die neue Anschrift ist Bestandteil der aktuellen Daten des Betroffenen.

Ein gemeindeübergreifender Umzug/Statuswechsel führt zu einem Wechsel der Zuständigkeiten. Dieser Geschäftsvorfall wird daher mit einer anderen Nachricht mitgeteilt, in der die neue Meldebehörde das BZSt darüber informiert, dass sie ab jetzt für den Betroffenen zuständig ist. Die neue Anschrift des Betroffenen ist Bestandteil dieser Nachricht.

7.2.5 Übersicht über die definierten Nachrichten

Tabelle 7-3: Übersicht über Nachrichten zwischen Meldebehörden und BZSt

Nachricht	Inhalt	Rechtsgrundlage
	Hinweis / Bemerkung	
0500	Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer ID-Nummer an. Diese Sammelnachricht enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM) des/der Betroffenen. Falls dies eine erneute Anforderung einer ID-Nummer für einen Betroffenen ist, der eine Klärung von Amts wegen vorausgegangen ist, so wird dies in der Nachricht durch die Kennzeichnung <i>“Anforderung nach erfolgter Klärung”</i> (siehe Schlüsseltabelle 46) zum Ausdruck gebracht.	§ 139b (6), (7) AO
0501	Die ID-Nummer wird der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Identifikation wird das vorläufige Bearbeitungsmerkmal zurückübermittelt. Dies ist die <i>“normale”</i> Antwortnachricht zur Anforderungsnachricht Dateneuebermittlung.AnforderungIdNr. 0500 .	§ 139b (6), (7) AO
0502	Mitteilung der geänderten Daten des Steuerpflichtigen von der Meldebehörde an das BZSt. Dient der Mitteilung von Änderungen der persönlichen Daten des Betroffenen, solange die Meldebehörde zuständig ist und bleibt. Deshalb ist der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel (verbunden mit einem Wechsel der zuständigen Meldebehörde) mit der Nachricht Dateneuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504 zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland/Unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht Dateneuebermittlung.EndeZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0510 zu übermitteln.	§ 139b (8) AO
0503	Reservierung der Nachricht für Antwort des BZSt auf Änderungsmitteilung <i>Im Nummernkreis reserviert – in OSCI-XMeld 1.2 nicht genutzt</i>	§ 139b (8) AO
0504	Mitteilung der Zuständigkeit einer Meldebehörde aufgrund eines Zuzugs bzw. Statuswechsels der Wohnung für einen Steuerpflichtigen aufgrund alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung mit allen aktuellen Daten. Diese Nachricht wird nach einem Wechsel der Zuständigkeit von der nunmehr zuständigen Meldebehörde an das BZSt gesandt. Auf Seiten des BZSt wird dies dazu führen, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von der Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht dieses Typs als <i>“zuständig für den Betroffenen”</i> erklärt haben.	§ 139b (8) AO

Nachricht	Inhalt	Rechtsgrundlage
	Hinweis / Bemerkung	
0505	Mitteilung des BZSt an Meldebehörden, dass es Anhaltspunkte gibt, dass in Ihren Melderegistern Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten vermutet werden.	§ 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO
	Das BZSt vermutet nach der Anforderung einer ID-Nummer einen Konflikt mit einem oder mehreren Datensätzen in der BZSt-Datenbank. Mit dieser Nachricht werden die involvierten Meldebehörden über diesen möglichen Konflikt informiert und um Klärung gebeten. Bestandteil der Nachricht ist eine vom BZSt generierte Konfliktnummer. Diese ermöglicht dem BZSt ein Konfliktmanagement (Verfolgung der Klärung des vermuteten Konfliktes). Die anfordernde Meldebehörde reagiert auf diese Nachricht entweder mit einer Wiederholung der ursprünglichen Anforderung einer neuen ID-Nummer (Nachricht Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500 , diesmal mit dem Hinweis "Anforderung nach Klärung") oder zieht ihre Anforderung zurück (Nachricht Datenuebermittlung.StornoAnforderungIdNr.0506). Die weitere beteiligte Meldebehörde bestätigt mit der Nachricht Datenuebermittlung.PersonZuRechtGefuehrt.0509 , dass diese Person nach Klärung in ihrem Melderegister zu Recht geführt wird. Falls die Prüfung ergibt, dass die Meldebehörde nicht (mehr) zuständig ist, löscht sie ihre ID-Nummer und teilt dies mit der Nachricht Datenuebermittlung.StornierungPerson.0507 dem BZSt mit.	
0506	Mitteilung der Meldebehörde an das BZSt, dass eine Anforderung auf Erteilung einer ID-Nummer storniert wird.	§ 139b (6), (7) AO
	Diese Mitteilung wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem eine <i>Klärung von Amts wegen</i> zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine vom BZSt vermutete Unrichtigkeit im Melderegister tatsächlich bestand. Die ursprüngliche Anforderung der Vergabe einer ID-Nummer wird deshalb storniert. Diese Nachricht folgt zwei vorhergehenden Nachrichten: Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500 (Anforderung) – Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505 (Konfliktmitteilung).	
0507	Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine gemeldete Person zu löschen ist, ist mit dieser Nachricht ebenfalls das BZSt zu informieren.	§ 4a MRRG
0508	Mit dieser Nachricht teilt das BZSt einer Meldebehörde mit, dass eine vorhergehende Nachricht (von der Meldebehörde an BZSt) beliebigen Typs auf Grund fehlerhafter / inkonsistenter Daten nicht bearbeitet werden konnte. Es handelt sich also um eine Fehlernachricht (Bsp.: "Geburt oder Tod liegt in der Zukunft", "fehlende Daten in Pflichtfeldern", etc).	§ 4a (3) MRRG
0509	Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen ID-Nummer zu Recht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505 geschickt werden.	§ 4a MRRG
0510	Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn einer der folgenden Fälle vorliegt: <ul style="list-style-type: none"> • <i>Abmeldung ins Ausland</i> • <i>Wegzug nach Unbekannt</i> • <i>Abmeldung von Amts wegen</i> • <i>Tod des Betroffenen</i> 	§ 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO

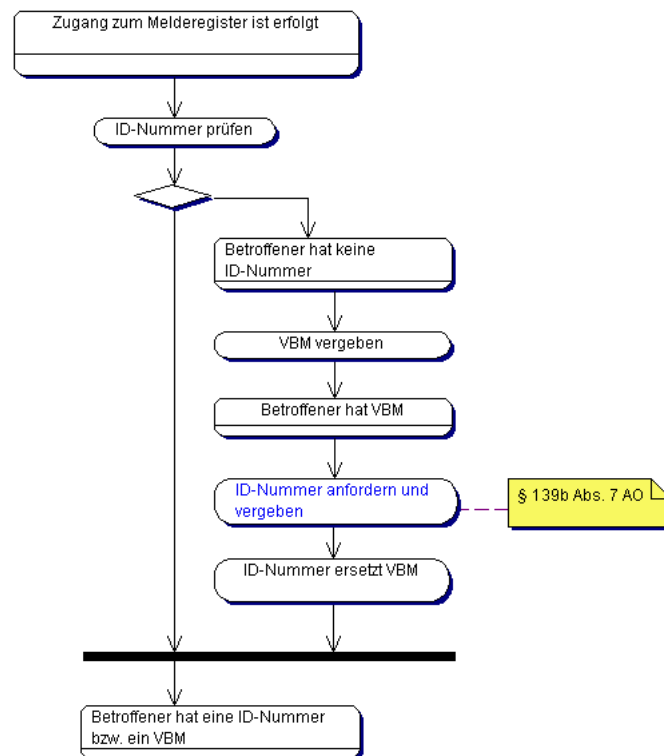
7.3 Der Ablauf im Detail

Wir beschreiben in diesem Abschnitt sowohl die stichtagsbezogene, erstmalige Vergabe der ID-Nummer an alle Steuerpflichtigen als auch den Produktivbetrieb, also die Phase nach dem Stichtag.

7.3.1 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM) und die Vergabe der ID-Nummer

1. Stellt eine Meldebehörde fest, dass ein Betroffener noch keine ID-Nummer hat, so muss sie entsprechend § 139b Abs. 7 eine Nachricht mit den Daten des Betroffenen an das BZSt senden. Sie wird eine Antwortnachricht erhalten, in der die vom BZSt vergebene ID-Nummer des Betroffenen enthalten ist. Um die eindeutige Zuordnung dieser ID-Nummer an den Betroffenen sicherzustellen, vergibt die Meldebehörde daher in einem ersten Schritt ein (bundesweit eindeutiges!) vorläufiges Bearbeitungsmerkmal (VBM) für den Betroffenen.
2. Dieses VBM wird an das BZSt übermittelt. Das BZSt wird eine ID-Nummer vergeben und sie der Meldebehörde mitteilen.
3. In der Zwischenzeit (also in der Zeit von der Vergabe des VBM durch die Meldebehörde bis zur Übermittlung der ID-Nummer des Betroffenen vom BZSt an das dann zuständige Meldeamt) wird das VBM des Betroffenen wie dessen ID-Nummer behandelt:
 - a. Es wird im Melderegister gespeichert.
 - b. Es wird bei Umzügen des Betroffenen im Rahmen des vorausgefüllten Meldescheines sowie der Rückmeldung von der Wegzugs- an die Zuzugsmeldebehörde übermittelt.
 - c. Bezüglich datenschutzrechtlicher Regelungen gelten die gleichen Regelungen wie bei der ID-Nummer.
4. Sobald die vom BZSt übertragene ID-Nummer im Melderegister eingetragen worden ist, wird die ID-Nummer anstelle des VBM verwendet. Für einen Übergangszeitraum, dessen Länge noch zu definieren ist, können im Melderegister VBM und ID-Nummer parallel gespeichert werden. In den Nachrichten (mit Ausnahme der Nachricht `Datenuebermittlung.AntwortIdNr.0501`) wird, sobald bekannt, nur die ID-Nummer übertragen, bis zu diesem Zeitpunkt nur das VBM.

Dieser Prozess ist im [Bild 7-4 auf Seite 317](#) dargestellt.

Bild 7-4 Vergabe der ID-Nummer

7.3.2 Die erstmalige Zuteilung zu einem Stichtag (§ 139b Abs. 6 AO)

Die erstmalige Zuteilung der ID-Nummer wird stichtagsbezogen durchgeführt. Zu diesem Stichtag vergeben alle Meldebehörden Deutschlands *dezentral* für alle bei ihnen mit Hauptwohnung gemeldeten Einwohner je ein VBM. (Dabei ist durch einen relativ einfachen Mechanismus sicherstellbar, dass nur eindeutige VBM vergeben werden: Für das VBM wird im DSMeld ein Feld mit einer Länge von 20 Zeichen vorgesehen. Der Aufbau ist wie folgt: AGS + MR-eindeutiges Merkmal mit 8+12=20 Stellen, z.B. '100100101234567890AB'.) Anschließend muss das BZSt für alle Betroffenen die ID-Nummer vergeben und mitteilen.

Im groben Prozessmodell ergibt sich (nach jetzigem Kenntnisstand) kein Unterschied zum *„Produktivbetrieb“*. Da aber die Details der Software beim BZSt noch nicht bekannt sind, und da es auf der technischen Ebene auf Grund der sehr hohen Datenmengen im Rahmen des erstmaligen Aufbaus des Datenbestandes Unterschiede geben kann, wird in der Schlüsseltabelle 46 der Anlass der Anforderung unterschieden.

In der Praxis wird vor allem die Tatsache zu beachten sein, dass die Zeit von der Vergabe des VBM bis zur Vergabe der ID-Nummer erheblich länger sein wird als im *„Produktivbetrieb“* (vermutlich mehrere Wochen während der Erstvergabe zum Stichtag, später wenige Stunden). Dieser Zeitbedarf ist unproblematisch, wenn in der Zwischenzeit das VBM genau wie die ID-Nummer des Betroffenen behandelt und bei einem Umzug des Betroffenen als Bestandteil des vorausgefüllten Meldescheines und der Rückmeldung von der Wegzugs- an die Zuzugswohnung übermittelt wird.

Zu beachten ist weiterhin, dass das BZSt die ID-Nummer des Betroffenen an die Meldebehörde seiner *aktuellen Hauptwohnung* senden muss (dies kann eine andere Gemeinde sein als die, welche für den Betroffenen die Vergabe der ID-Nummer beantragt hat).

7.3.3 Zugang zum Meldebestand (§139b Abs. 7 AO)

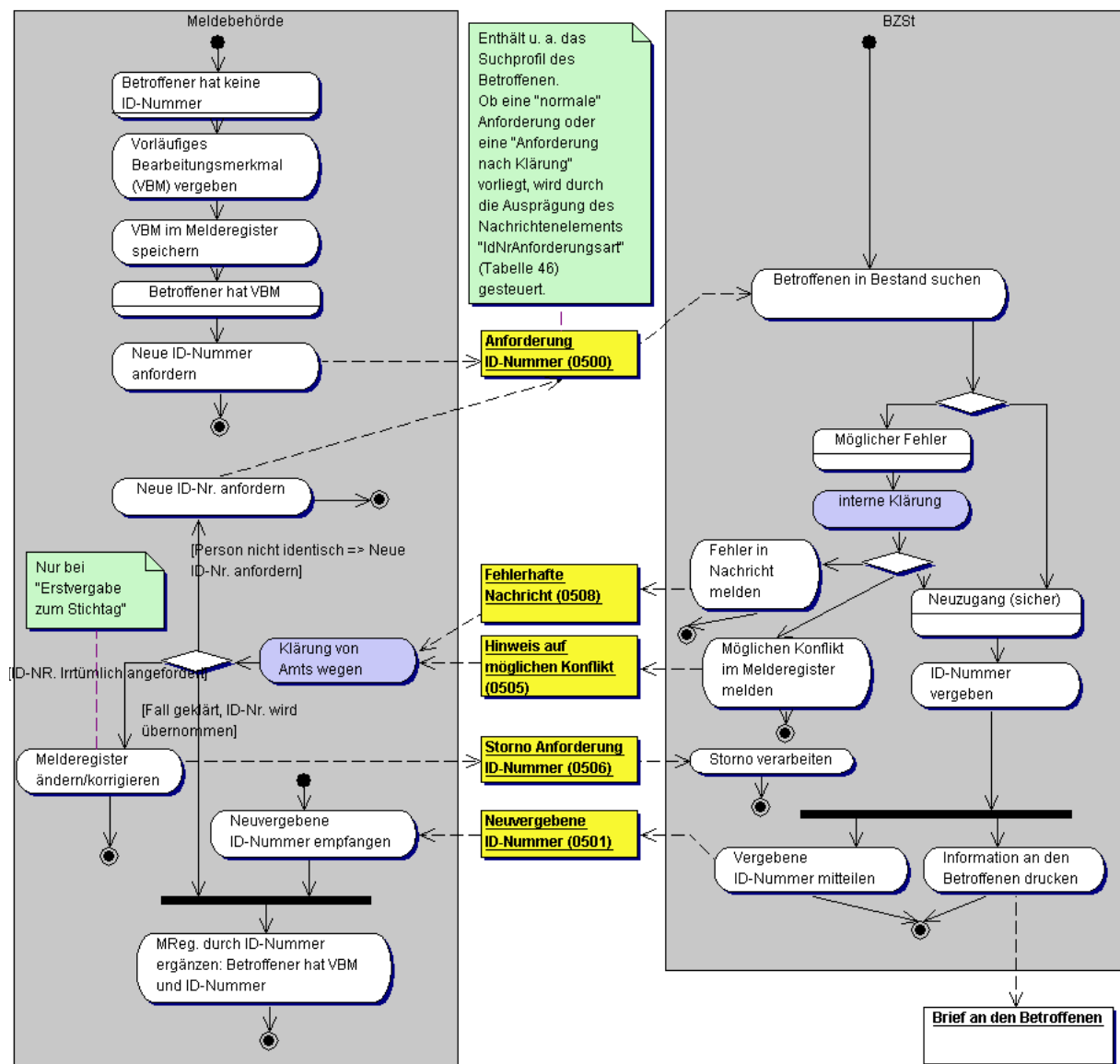
Ausgangspunkt: Die Anmeldung innerhalb des EWO-Verfahrens ist bereits erfolgt. Die hier beschriebene Aktivität ist also eine zusätzliche *Folgeaktivität nach erfolgter Anmeldung*, wie in [Bild 7-3 auf Seite 312](#) dargestellt.

Durch das verfeinerte Prozessmodell (siehe [Bild 7-5 auf Seite 319](#)) werden folgende „*anlassbezogene Zugänge*“ im Melderegister abgedeckt:

- Geburt
- Einfügung in den Bestand
- Anmeldung von unbeschränkt und beschränkt steuerpflichtigen Personen mit folgenden Fallkonstellationen:
 1. ID-Nummer liegt vor:
 - vorausgefüllter Meldeschein von der Wegzugsgemeinde enthält die ID-Nummer
 - Wiederzuzug in die alte Gemeinde: ID-Nummer ist bereits im Bestand
 - Wiederzuzug aus dem Ausland, wenn Wegzug *nach* dem Stichtag erfolgt ist: ID-Nummer wird über vorausgefüllten Meldeschein von der Wegzugsgemeinde geliefert
 - Bürger kennt seine ID-Nummer
 2. ID-Nummer liegt *nicht* vor:
 - erstmaliger Zuzug aus dem Ausland nach Deutschland
 - Bürger hat vergessen
 - konnte im Rahmen der gemeindeübergreifenden Ummeldung nicht ermittelt werden (zum Beispiel weil der vorausgefüllte Meldeschein noch nicht funktioniert)
 - Wiederzuzug aus dem Ausland, wenn Wegzug *vor* Stichtag erfolgt ist

Sofern im Rahmen der Anmeldung die ID-Nummer des Betroffenen in Erfahrung gebracht werden konnte (z. B. durch den vorausgefüllten Meldeschein der Wegzugsgemeinde oder regelhaft durch Rückmeldung und Rückmeldungsauswertung), so wird die neue Anschrift im Rahmen einer „*Änderungsmittlung*“ an das BZSt übermittelt. Dies ist im [Abschnitt 7.3.4 auf Seite 321](#) beschrieben.

Ansonsten muss die Meldebehörde davon ausgehen, dass der Betroffene keine ID-Nummer hat. Sie fordert das BZSt auf, eine neue ID-Nummer für den Betroffenen zu vergeben.

Bild 7-5 ID-Nummer anfordern und vergeben (§ 139b Abs. 7 AO, Verfeinerung)

7.3.3.1 Erläuterung der Schritte

1. Die Meldebehörde stellt fest bzw. geht davon aus, dass der Betroffene noch keine ID-Nummer hat. Um dies sicher entscheiden zu können, wurde die neue Rückmeldungsnachricht **rueckmeldung.auswertungohneabweichung.0205** definiert. Damit kann gewährleistet werden, dass eine Zuzugsmeldebehörde *immer* eine Rückmeldung von der Wegzugsmeldebehörde erhält. Insbesondere wird dadurch auch bei *nicht abweichenden Daten* eine Nachricht geschickt.

Die Meldebehörde vergibt für den Betroffenen ein VBM und speichert dieses im Melderegister. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem das VBM durch die ID-Nummer des Betroffenen ersetzt wird, wird das VBM genau wie die ID-Nummer behandelt.

2. Auf die Anforderung einer ID-Nummer reagiert das BZSt nicht unmittelbar mit einer Nummernvergabe, sondern mit einer Bestandssuche unter Verwendung des übermittelten Suchprofils des Betroffenen.

3. Falls keine Person gefunden wird, die auf das Suchprofil der Anforderungsnachricht passt, wird eine neue ID-Nummer vergeben und auf elektronischem Weg an die Meldebehörde übermittelt. Die Meldebehörde ersetzt in ihrem Melderegister das bisherige VBM durch die vom BZSt übermittelte ID-Nummer

Zeitgleich versendet das BZSt die ID-Nummer per Post an die von der Meldebehörde mitgeteilte Anschrift des Betroffenen¹. Auf dem Umschlag ist für den Fall der Nichtzustellbarkeit die übermittelnde Meldebehörde vermerkt (ggf. detailliert, da es allein in Hamburg 27 Meldebehörden gibt).

Das BZSt stellt über eine postalische Vorausverfügung sicher, dass bei Um- und Wegzügen (und beim Vorliegen eines Nachsendeauftrages) die Benachrichtigung der Person nachgesandt wird (Anschrift-Benachrichtigungskarte).

Falls dieser Brief nicht zugestellt werden kann, so wird aufgrund des eingetragenen Absenders unmittelbar die auslösende Meldebehörde informiert, die ohnehin für die Lösung dieses Problems zuständig ist.

4. Sofern das BZSt feststellt, dass die empfangene Nachricht fehlerhafte Daten enthält, so wird die Meldebehörde mit der Nachricht **Datenuebermittlung.FehlerhafteNachricht.0508** über den Fehler informiert. (Mögliche Fehlerursachen: Geburts- oder Todesdatum liegen in der Zukunft, Pflichtfelder sind leer, etc.)
5. Falls das BZSt vermutet, dass ein Melderegister-Konflikt vorliegt, erfolgt eine Mitteilung **Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505** an die betroffene(n) Meldebehörde(n). – Es kann durchaus vorkommen, dass durch die Änderungsmitteilung *einer* Meldebehörde ein Handlungsbedarf bei *mehreren* Meldebehörden entsteht.

Dies führt zu einer *„Klärung von Amts wegen“* bei den betroffenen Meldebehörden (siehe hierzu auch [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 327](#)).

Jede beteiligte Meldebehörde teilt dem BZSt nach der Klärung das Ergebnis ihrer Prüfung mit.

6. Falls das BZSt jedoch in seinem Register der Steuerpflichtigen den Betroffenen eindeutig identifizieren kann, so ist dies ein Hinweis darauf, dass die Behauptung der Meldebehörde falsch sein *könnte* und der Betroffene sehr wohl eine ID-Nummer hat. Eine ähnliche Situation tritt auf, wenn das BZSt bei seiner Suche im Bestand mehrere Fälle findet, die mit dem Betroffenen identisch sein könnten (hohe Übereinstimmung mit den Daten des Betroffenen).

In diesen Fällen unterrichtet das BZSt die Meldebehörde von dem Verdacht, dass das Melderegister der Meldebehörde falsch bzw. unvollständig bezüglich der ID-Nummer des Betroffenen sein könnte. Um der Meldebehörde die Klärung des Sachverhalts zu ermöglichen, sind die Daten der Person(en) mit identischen oder sehr ähnlichen Daten inklusive der ID-Nummer(n) sowie Informationen über die andere(n) Meldebehörde(n) Bestandteil dieser Nachricht. – **Für dieses Vorgehen ist eine rechtliche Absicherung notwendig.**

Die Meldebehörde wird diesen Hinweisen nachgehen und sie von *Amts wegen klären*, siehe hierzu auch [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 327](#). Dabei sind folgende Ergebnisse möglich:

- **Betroffener eindeutig nicht im BZSt-Register:** Da zu diesem Zeitpunkt eindeutig feststeht, dass der Betroffene nicht bereits im BZSt-Register vorhanden ist, fordert die Meldebehörde erneut die Vergabe der ID-Nummer an, kennzeichnet aber die Nachricht **Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500** mit dem Hinweis *„Anforderung nach Klärung“*. Somit ist das BZSt in Kenntnis gesetzt, dass die übermittelten Personendaten zu einer neuen Person gehören und folglich die Vergabe einer ID-Nummer *zwingend* erforderlich ist.
- **BZSt hat Recht – Betroffener eindeutig im Register gefunden:** Die vom BZSt übermittelte Person ist mit dem Betroffenen identisch; dass VBM kann somit durch die mitgeteilte ID-Nummer ersetzt werden.
- **ID-Nummer irrtümlich angefordert:** Dieser Fall kann nur in Zusammenhang mit der Erstvergabe zum Stichtag auftreten. – Es ist davon auszugehen, dass Fehler in den Melderegistern insbesondere auf diesem Weg aufgedeckt werden und zu einer Bereinigung der Melderegister führen. Als ein typisches Beispiel ist die doppelte Hauptwohnung zu nennen. In solchen Fällen werden sich

¹. Da es sich hierbei um keinen Verwaltungsakt handelt, kann in jedem Fall (auch bei gesetzlicher Vertretung, Minderjährigen, ...) der Betroffene adressiert werden.

häufig mehrere Meldebehörden mit dem Fall befassen und gemeinsam eine Lösung finden (z. B. auf telefonischem Wege). In diesem Fall wird die Meldebehörde ihre ID-Nummern-Anforderung mit der Nachricht **Datenuebermittlung.StornoAnforderungIdNr.0506** stornieren.

7. Sofern die Anforderung der ID-Nummer nicht storniert worden ist, endet dieser Prozess mit der Zuordnung einer ID-Nummer zu dem Betroffenen. Damit wird der Datensatz des Betroffenen im Melderegister um die ID-Nummer ergänzt.

Aus Sicht der Meldebehörde handelt es sich hierbei um einen sogenannten *“gedächtnislosen Prozess”*: Obwohl für die Vergabe einer ID-Nummer durchaus mehrere (sukzessiv besser qualifizierende) Anfragen an das BZSt gestellt werden können, merkt sich die Meldebehörde keine eventuellen Zwischenstände. Der Vergabeprozess beginnt also immer wieder von vorn. – Wir gehen davon aus, dass in der deutlichen Mehrzahl aller Fälle zu genau einer Anforderung auch eine ID-Nummer vergeben werden wird. Bei den Anforderungen, die nicht sofort zu einer Vergabe führen, wird i. a. *eine* weitere (dann eindeutig qualifizierende) Anforderung ausreichen. Gedächtnislose Prozesse sind, wenn möglich, aufgrund ihrer deutlich geringeren Komplexität den gedächtnisbehafteten vorzuziehen.

Falls das BZSt einen Konflikt vermutet (ein- und dieselbe Person ist mit Haupt- resp. alleiniger Wohnung bei mindestens zwei Gemeinden gemeldet), informiert das BZSt die beteiligten Meldebehörden über den Fall. Das BZSt führt für jeden derartigen Fall unter Nutzung eines versionierten Konfliktkennzeichens eine Konflikthistorie. – Bei derartigen Fällen kann man aus Sicht des BZSt folglich *nicht* von einem gedächtnislosen Prozess sprechen.

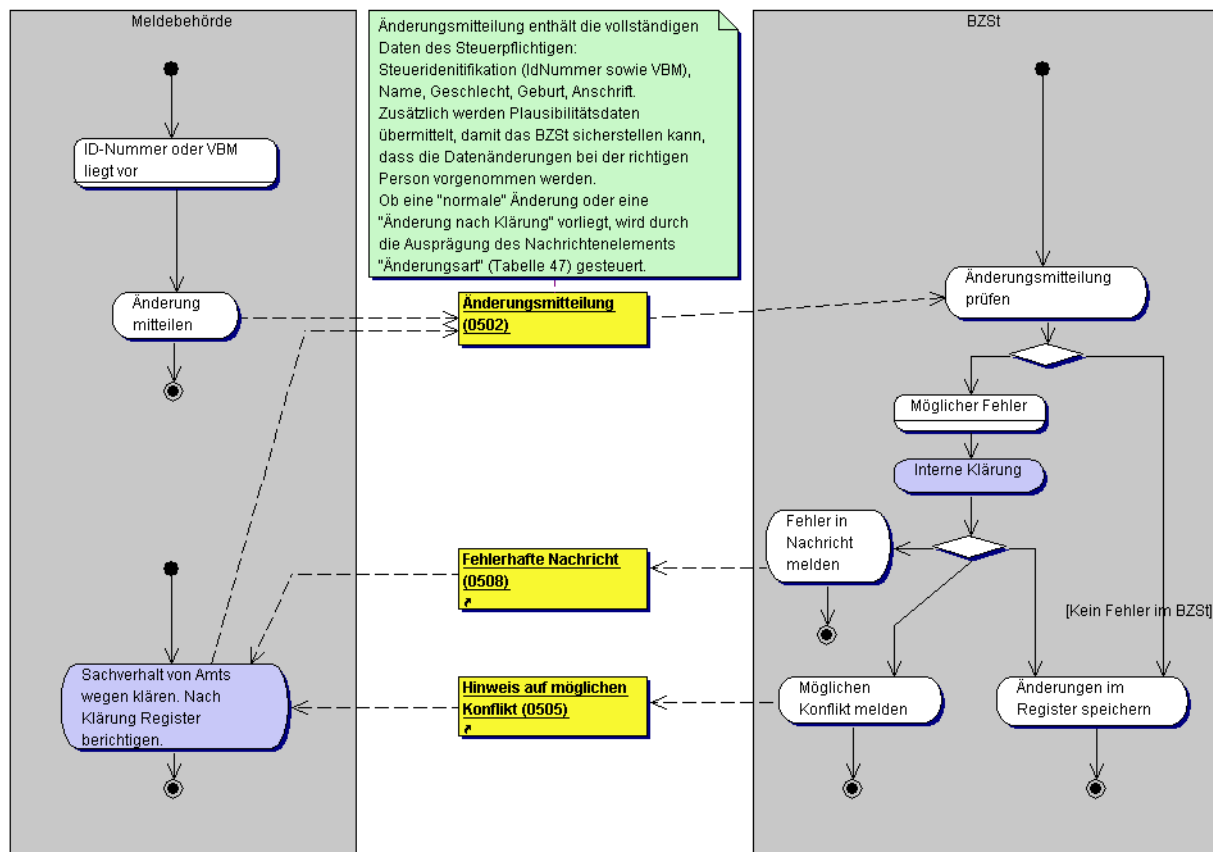
Aktivitäten, die der Klärung eines Sachverhalts dienen, werden aus unserer Sicht eher nicht automatisiert ablaufen. In den von uns erarbeiteten Prozessmodellen (siehe [Bild 7-5 auf Seite 319](#) und [Bild 7-6 auf Seite 322](#)) sind diese Aktivitäten daher *“blau”* hervorgehoben.

7.3.4 Mitteilung einer Änderung (ohne Stornierung einer Person)

Alle Änderungen im Melderegister, die relevant für eine Übermittlung an das Bundeszentralamt für Steuern sind, können auf das in [Bild 7-6 auf Seite 322](#) gezeigte Prozessmodell abgebildet werden.

Rechtliche Grundlage: Änderungsmitteilungen der Meldebehörden an das Bundeszentralamt für Steuern laut § 139b Abs. 8 AO.

Technische Voraussetzung: Die ID-Nummer liegt vor. – Falls die ID-Nummer nicht vorliegt, muss sie zunächst beantragt werden, siehe [Abschnitt 7.3.3 auf Seite 318](#).

Bild 7-6 Übermittlung von Änderungen im Melderegister an das BZSt (Verfeinerung)

7.3.4.1 Erläuterung der Schritte

1. Bevor die Meldebehörde eine Änderungsmitteilung an das BZSt übermittelt, ist die Änderung auf Seiten der Meldebehörde bereits vollständig abgeschlossen (siehe auch [Bild 7-3 auf Seite 312](#)).
Anschließend wird die Änderungsmitteilung an das BZSt übermittelt. Die Änderungsmitteilung **Dateneübermittlung.ÄnderungSteuerpflichtiger.0502** besteht aus:
 - der Steueridentifikation,
 - Plausibilitätsdaten,
 - dem *vollständigen* Datensatz (Name, Geburt, Geschlecht, Anschrift und optional Tod)
 - sowie einem optionalen Konfliktmanagement-Element.
2. Das BZSt überprüft die Änderungsmitteilung. Falls kein Fehler vorliegt (oder intern geklärt werden kann), werden die mitgeteilten Änderungen ins Register übernommen.
Der positive Abschluss einer Änderung im BZSt-Register wird der Meldebehörde *nicht* mitgeteilt (= keine Quittung). Dies entspricht genau der Fortschreibungs-Semantik in OSCI-XMeld 1.1.
3. Sofern das BZSt feststellt, dass die empfangene Nachricht fehlerhafte Daten enthält, so wird die Meldebehörde mit der Nachricht **Dateneübermittlung.FehlerhafteNachricht.0508** über den Fehler informiert. (Mögliche Fehlerursachen: Geburts- oder Todesdatum liegen in der Zukunft, Pflichtfelder sind leer, etc.)
4. Falls das BZSt vermutet, dass ein Melderegister-Konflikt vorliegt, erfolgt eine Mitteilung **Dateneübermittlung.Konfliktmitteilung.0505** an die betroffene(n) Meldebehörde(n). – Es kann durchaus vorkommen, dass durch die Änderungsmitteilung *einer* Meldebehörde ein Handlungsbedarf bei *mehreren* Meldebehörden entsteht.

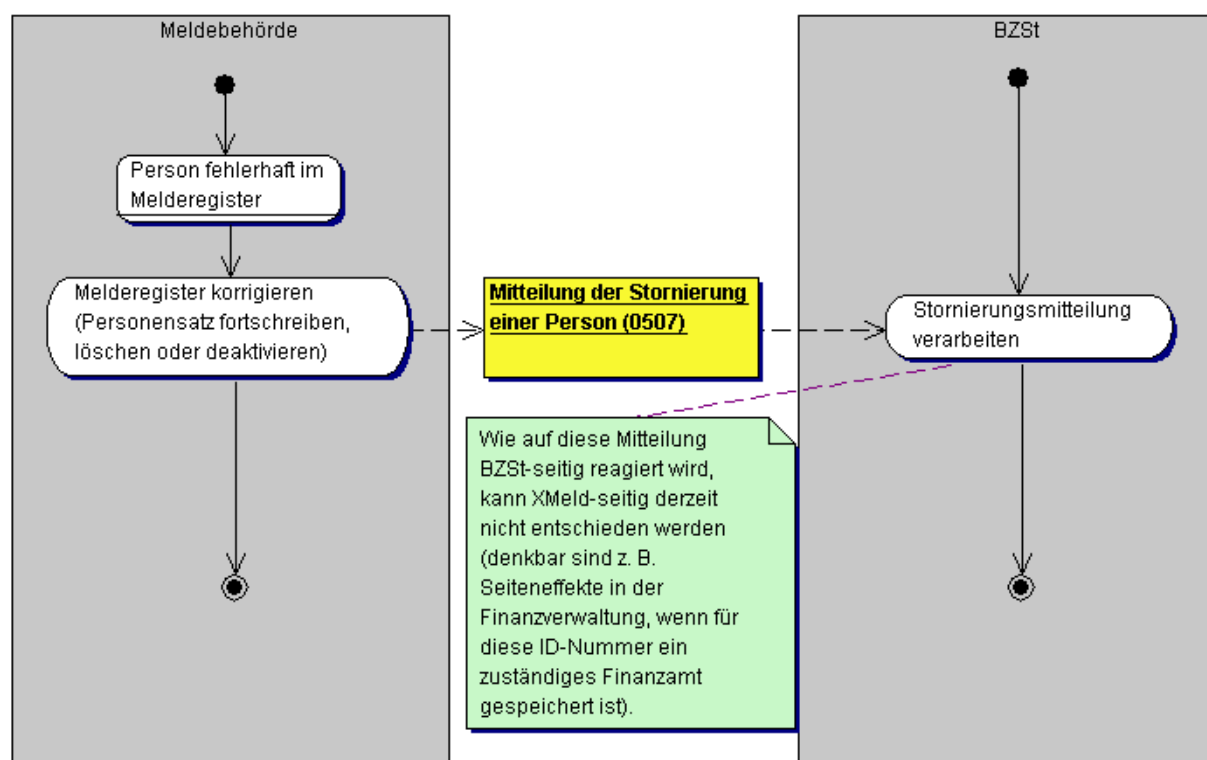
Dies führt zu einer „*Klärung von Amts wegen*“ bei den betroffenen Meldebehörden (siehe hierzu auch [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 327](#)).

Jede beteiligte Meldebehörde teilt dem BZSt nach der Klärung das Ergebnis ihrer Prüfung mit.

7.3.5 Mitteilung der Stornierung einer Person

Wenn innerhalb eines Melderegisters beispielsweise durch einen Konsolidierungslauf eine Person ermittelt wird, die „*nicht existiert*“, so informiert die Meldebehörde das BZSt über diesen Sachverhalt mit der Nachricht `Datenuebermittlung.StornierungPerson.0507`, siehe [Bild 7-7 auf Seite 323](#).

Bild 7-7 Mitteilung der Stornierung einer Person



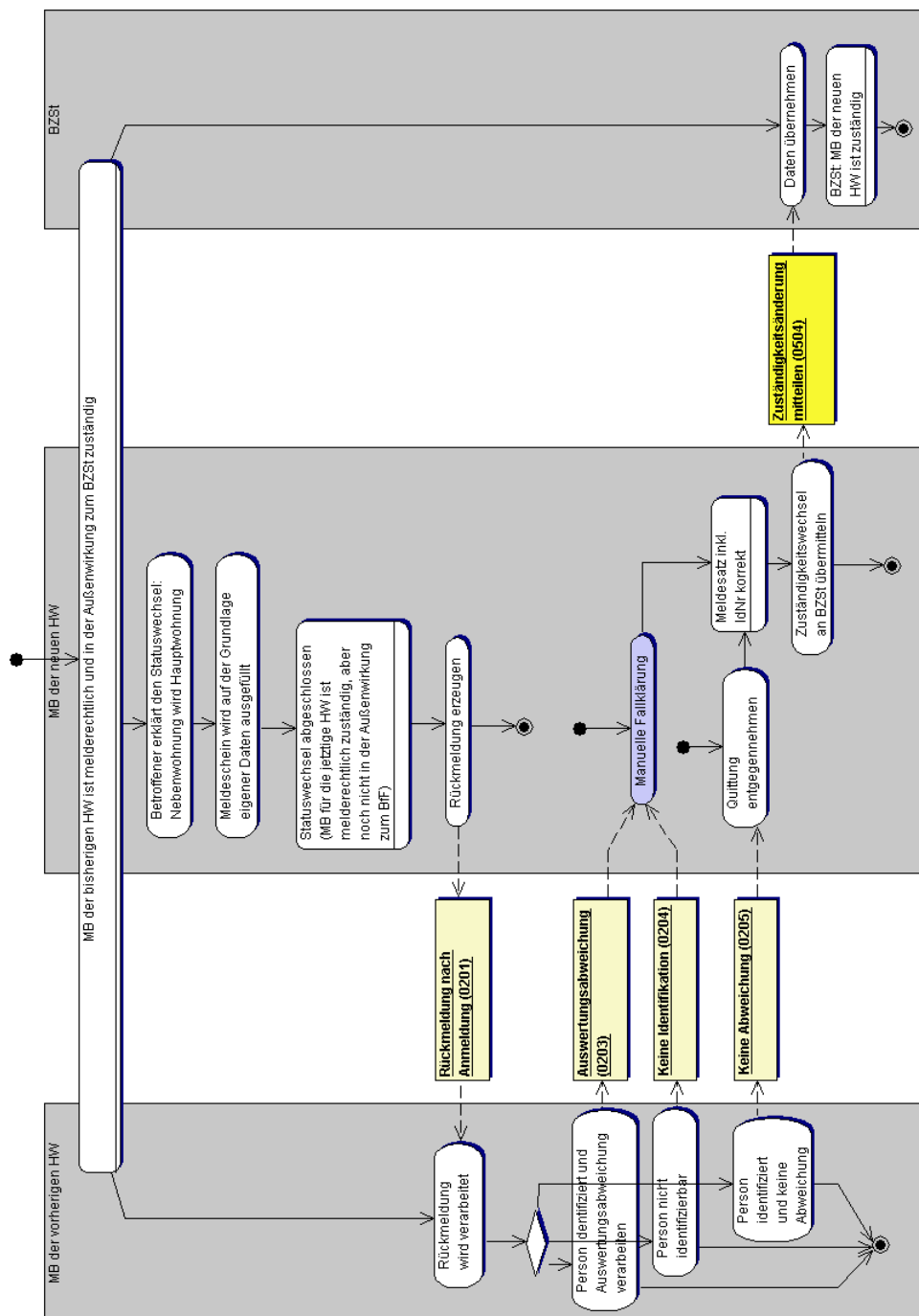
7.3.6 Zuständigkeitswechsel durch Änderung des Wohnungsstatus zwischen zwei Meldebehörden

Wenn ein Betroffener bei der Meldebehörde, bei der er bisher mit einer Nebenwohnung gemeldet ist, diese Wohnung zur Hauptwohnung oder alleinigen Wohnung erklärt, so ist damit ein Statuswechsel verbunden: Die bisherige Hauptwohnung wird zur Nebenwohnung (oder aufgelöst) während die bisherige Nebenwohnung zur Hauptwohnung (oder alleinigen Wohnung) wird.

Zwar ist mit dem erklärten Statuswechsel bei der Meldebehörde der neuen Hauptwohnung (oder alleinigen Wohnung) die melderechtliche Zuständigkeit neu festgelegt, dies hat allerdings noch keine Außenwirkung insbesondere in Richtung BZSt. – Zunächst muss noch ein Rückmeldeprozess gestartet werden, der komplett durchzuführen ist. Bei Auswertungsabweichungen (oder nicht möglicher Identifikation) wird im Rahmen des Rückmeldeprozesses eine manuelle Fallklärung durchgeführt.

Anschließend informiert die Meldebehörde, die für die Haupt- oder alleinige Wohnung zuständig ist, das BZSt mit der Nachricht `Datenuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504` über den erfolgten Zuständigkeitswechsel, siehe [Bild 7-8 auf Seite 324](#).

Bild 7-8 Zuständigkeitsänderung durch Änderung des Wohnungsstatus zwischen zwei Meldebehörden



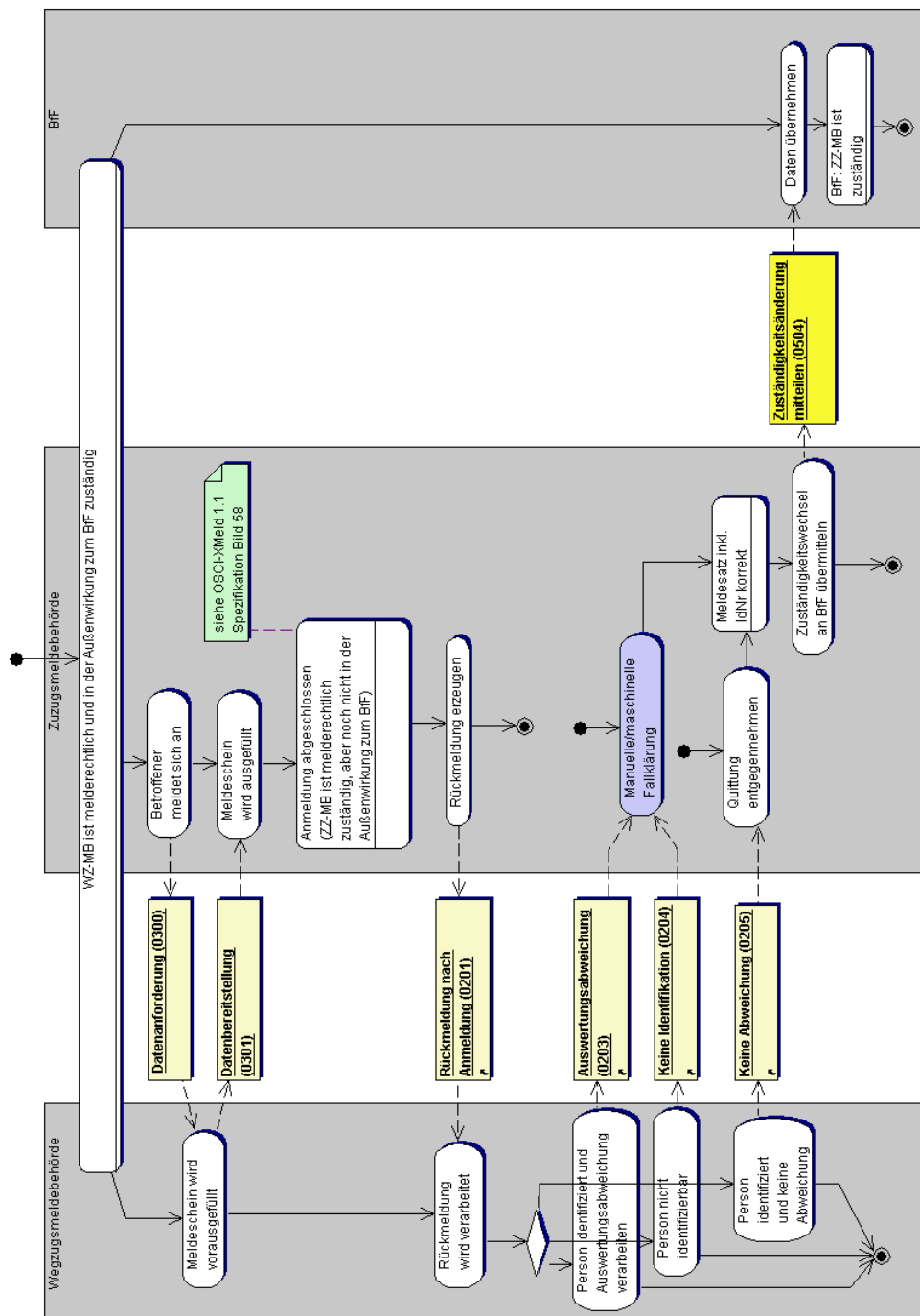
Erfolgt der Statuswechsel im Zuständigkeitsbereich einer Meldebehörde, wird der Geschäftsvorfall mit der Nachricht **Dateneübermittlung. ÄnderungSteuerpflichtiger.0502** übermittelt.

7.3.7 Zuständigkeitswechsel durch gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel

Wenn ein Betroffener durch Zuzug in eine Gemeinde eine neue Hauptwohnung (oder alleinige Wohnung) bezieht, ist hiermit ein Zuständigkeitswechsel verbunden.

Zwar ist mit der erfolgten Anmeldung (idealerweise unter Nutzung des vorausgefüllten Meldescheines) bei der Meldebehörde der neuen Hauptwohnung (oder alleinigen Wohnung) die melderechtliche Zuständigkeit neu festgelegt, dies hat allerdings noch keine Außenwirkung insbesondere in Richtung BZSt. – Zunächst muss noch ein Rückmeldeprozess gestartet werden, der komplett durchzuführen ist. Bei Auswertungsabweichungen (oder nicht möglicher Identifikation) wird im Rahmen des Rückmeldeprozesses eine manuelle Fallklärung durchgeführt.

Anschließend informiert die Meldebehörde, die für die neue Haupt- oder alleinige Wohnung zuständig ist das BZSt mit der Nachricht **Datenuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504** über den mit der erfolgten Anmeldung verbundenen Zuständigkeitswechsel, siehe [Bild 7-9 auf Seite 326](#).

Bild 7-9 Zuständigkeitsänderung durch gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel

7.3.8 Ende der Zuständigkeit einer Meldebehörde

In bestimmten Fällen endet die Zuständigkeit einer Meldebehörde für den Betroffenen. Dies kann die Meldebehörde mit der Nachricht **Datenuebermittlung.EndeZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0510** dem BZSt mitteilen. Diese Nachricht wird in folgenden Fällen geschickt:

- Abmeldung ins Ausland
- Abmeldung nach Unbekannt

- Abmeldung von Amts wegen
- Tod des Betroffenen

7.3.9 Mögliche Konflikte und Fehler im Rahmen der Datenübermittlung zwischen dem BZSt und den Meldebehörden

Es ist davon auszugehen, dass beim Aufbau der BZSt-Datenbank und bei Neuzugängen auf Seiten des BZSt mögliche Konflikte im Melderegister und konkrete Fehler in übermittelten Nachrichten entdeckt werden. Aufgrund § 4a Abs. 3 MRRG ist das BZSt verpflichtet, bei Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten bzgl. unrichtiger Daten im Melderegister die zuständige(n) Meldebehörde(n) unverzüglich zu unterrichten. Hierfür werden die Nachrichten **Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505** sowie **Datenuebermittlung.FehlerhafteNachricht.0508** in den Prozessmodellen *ID-Nummer anfordern und vergeben* (siehe [Bild 7-5 auf Seite 319](#)) sowie *Übermittlung von Änderungen im Melderegister an das BZSt* (siehe [Bild 7-6 auf Seite 322](#)) verwendet.

Bei Auftreten derartiger Fälle führt das BZSt ein Konfliktmanagement durch. Dazu werden den an einem Konflikt resp. Fehler beteiligten Meldebehörden im Rahmen der Nachrichten **Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505** und **Datenuebermittlung.FehlerhafteNachricht.0508** ein jeweils eindeutiges Konfliktkennzeichen mit übermittelt. Dieses Konfliktkennzeichen wird dann sowohl in der Kommunikation der Meldebehörden untereinander (bei der sog. *„Klärung von Amts wegen“*) als auch in der weiteren Kommunikation von Meldebehörden mit dem BZSt verwendet.

Sollte ein Konfliktfall auf Seiten der Meldebehörde(n) unbeantwortet bleiben, so kann das BZSt die Nachricht **Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505** erneut versenden, versehen mit einem Erinnerungsstatus.

Derzeit unterscheiden wir folgende Konflikt-/Fehlersituationen sowie Zuständigkeiten:

1. Technische Fehler:

- Die Nachricht ist nicht angekommen.
- Die Nachricht ist nicht validierbar (z. B. wg. fehlender ID-Nummer).
- Das Zertifikat ist abgelaufen.

Technische Fehler werden außerhalb OSCI–XMeld behandelt (also auf Ebene OSCI–Transport oder tiefer).

2. Fehler auf Seiten des BZSt:

- Die ID-Nummer befindet sich nicht im BZSt-Bestand.
- Es liegt ein Eingabefehler bei der ID-Nummer vor (Zahlendreher).
- Es gibt mehrere Meldungen zu einer im BZSt-Bestand gespeicherten Person.
- Doppelte Erstlieferung des VBM.
- Bei einer Änderungsmitteilung aufgrund einer Fortschreibung in der mitteilenden Meldebehörde besteht eine Abweichung zwischen **person.vorher** und BZSt-Bestand. Mögliche Folgerung: Verlorene Nachricht?
- Zu einer Person, die bereits eine ID-Nummer besitzt, wird eine weitere ID-Nummer beantragt.

3. Fehler auf Seiten der Meldebehörde:

- Die ID-Nummer ist nicht im Melderegister.
- Es liegt ein Eingabefehler bei der ID-Nummer vor (Zahlendreher).
- Die Nachricht enthält Fehler (Geburtsdatum liegt in der Zukunft, fehlende Einträge in Pflichtfeldern, etc)

7.3.9.1 Personenbezogene Ursachen

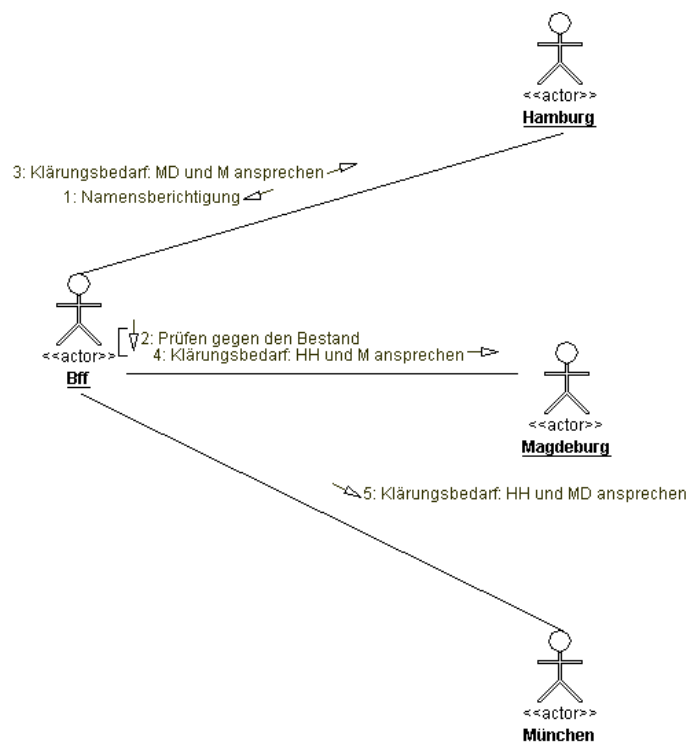
Wenn auf Seiten des BZSt mehrere Meldungen eingehen, die sich (scheinbar oder tatsächlich) auf ein- und denselben Datensatz beziehen, sendet das BZSt eine Fehlernachricht **Datenuebermittlung.FehlerhafteNachricht.0508** an die nach seinen Erkenntnissen nicht zuständige Meldebehörde.

7.3.9.2 Änderung durch eine Meldebehörde führt zu Aktivitäten bei mehreren Meldebehörden

Das nachfolgende Szenario setzt den Produktivbetrieb des BZSt-Registers mit konsolidiertem Stand voraus. Beteiligt an dem Szenario sind die Meldebehörden Hamburg, Magdeburg und München; bei allen drei Meldebehörden liegt für jeweils eine Person eine eigene ID-Nummer vor.

Ausgangspunkt des Szenarios ist die Namensberichtigung der in Hamburg mit Hauptwohnung gemeldeten Person, siehe [Bild 7-10 auf Seite 328](#). Die Berichtigung des Namens führt zunächst in Hamburg zu einer Fortschreibung des Melderegisters und anschließend zu einer Mitteilung **Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502** an das BZSt.

Bild 7-10 Kommunikation im Fehlerfall



Bei dem Versuch, die Änderung im BZSt-Register vorzunehmen, wird festgestellt, dass möglicherweise in Magdeburg *und/oder* München dieselbe Person wie in Hamburg, nur mit anderer ID-Nummer, gespeichert ist. Daraufhin verschickt das BZSt inhaltlich identische Nachrichten des Typs **Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505** mit einem gemeinsamen Konfliktkennzeichen. Jede Meldebehörde ist daraufhin verpflichtet, das Ergebnis ihrer Klärung dem BZSt mit der entsprechenden Nachricht mitzuteilen.

1. Das BZSt informiert Hamburg (als Auslöser der Situation) darüber, dass Magdeburg *und* München in den Konflikt involviert sind.
2. Das BZSt informiert Magdeburg, dass Hamburg und München in den Konflikt involviert sind.
3. Das BZSt informiert München, dass Hamburg und Magdeburg in den Konflikt involviert sind.

Daraufhin sprechen Hamburg, Magdeburg und München miteinander, um den Konflikt zu lösen. Als Ergebnis können herauskommen:

1. **Es handelt sich um drei verschiedene Personen:** In diesem Fall schickt Hamburg erneut die Nachricht **Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502**, allerdings mit dem Kennzeichen *“Datensatz nach Klärung”*. Dieser Datensatz beinhaltet den kompletten aktuellen Stand zu dieser Person (ID-Nummer). Das BZSt überschreibt seinen Datensatz anhand der identifizierenden ID-Nummer. Die Meldebehörden Magdeburg und München bestätigen ihre Meldeverhältnisse jeweils mit der Nachricht **Datenuebermittlung.PersonZuRechtGefuehrt.0509**.

2. **Die Person in Hamburg ist mit einer der beiden Personen (in Magdeburg oder München) identisch:** Beispielhaft sei davon ausgegangen, dass dieselbe Person in Magdeburg lebt. – München bestätigt sein Meldeverhältnis mit der Nachricht **Datenuebermittlung.PersonZuRechtGefuehrt.0509** und spielt ab jetzt nicht mehr mit (andere Person).

Wir unterscheiden zwei Varianten:

- a. **Hamburg ist Hauptwohnung:** In diesem Fall schickt Hamburg erneut die Nachricht **Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502**, allerdings mit dem Kennzeichen *“Datensatz nach Klärung”*. Dadurch ist das BZSt darüber informiert, dass in Hamburg die Hauptwohnung der Person liegt. Magdeburg führt intern eine Fortschreibung des Melderegisters durch und teilt das Ergebnis seiner Prüfung mit einer Nachricht **Datenuebermittlung.StornierungPerson.0507** dem BZSt mit.

Falls die Wohnung in Magdeburg als Nebenwohnung bestehen bleibt, so wird die bisherige, obsolete ID-Nummer (organisatorisch) mit der ID-Nummer aus Hamburg überschrieben. Die in Hamburg vorgenommene Namensänderung ist in Magdeburg nachzutragen.

- b. **Magdeburg ist Hauptwohnung:** In diesem Fall schickt Magdeburg die Nachricht **Datenuebermittlung.PersonZuRechtGefuehrt.0509**. Dadurch ist das BZSt darüber informiert, dass in Magdeburg die Hauptwohnung der Person liegt. Intern führt Hamburg eine Fortschreibung des Melderegisters durch und teilt das Ergebnis seiner Prüfung mit einer Nachricht **Datenuebermittlung.StornierungPerson.0507** dem BZSt mit.

Falls die Wohnung in Hamburg als Nebenwohnung bestehen bleibt, so wird die bisherige, obsolete ID-Nummer (organisatorisch) mit der ID-Nummer aus Magdeburg überschrieben. Die beiden Meldebehörden klären, inwieweit die in Hamburg aufgetretene Namensänderung für die weitere Registerführung noch relevant ist.

Für die hier beschriebenen Konfliktsituationen und ihre Lösung ist in jedem Fall das *“Konfliktkennzeichen”* notwendig.

7.4 Datentypen

In diesem Abschnitt beschreiben wir die BZSt-bezogenen Datentypen. Für Informationen über die allgemeinen Datentypen sei auf [Abschnitt 2 auf Seite 78](#) verwiesen.

7.4.1 Datentyp für alle zur Identifikation eines BZSt-Konfliktfalles notwendigen Daten

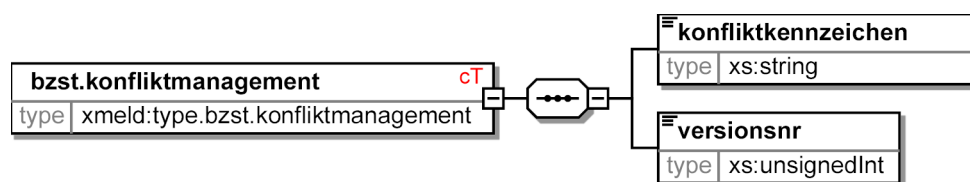
Typ: *type.bzst.konfliktmanagement*

Um alle in Zusammenhang mit einem konkreten Konflikt notwendigen Informationen an *einer* Stelle zusammenzufassen, wurde das Element **bzst.konfliktmanagement** definiert.

Dieses Element umfasst folgende Kindelemente:

- **konfliktkennzeichen**
- **versionsnr**

Bild 7-11 type.bzst.konfliktmanagement



Kindelemente von <code>type.bzst.konfliktmanagement</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktkennzeichen	<code>xs:string</code>	1		
versionsnr	<code>xs:unsignedInt</code>	1		

Die hier neu definierten Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.4.1.1 konfliktkennzeichen (`xs:string`)

Das Konfliktkennzeichen wird im Konfliktfall (Bsp. vermutete Dubletten) vom BZSt vergeben. Es identifiziert einen konkreten Konflikt, in dem das BZSt vermutet, dass Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten in den Melderegistern der beteiligten Meldebehörden vorliegen.

Solange ein Konfliktfall noch nicht abgeschlossen ist und sich zwischenzeitlich zusätzliche Erkenntnisse ergeben, die den dann noch Beteiligten wieder mitgeteilt werden müssen, erfolgt diese Mitteilung unter Erweiterung des bereits verwendeten Kennzeichens um die Versionsnr (z. B. 4711/1, 4711/2, ...). Derartige Situationen werden bereits nach der Erstübermittlung der VBMs an das BZSt mit Beginn der Konsolidierungsphase auftreten.

7.4.1.2 versionsnr (`xs:unsignedInt`)

Da ein Konfliktfall bei Änderungen durch das BZSt fortgeschrieben wird, kann anhand der ergänzenden Versionsnummer eine konkrete Ausprägung des Konfliktes identifiziert werden.

Als Datentyp wurde `xs:unsignedInt` gewählt, um die einzelnen Konfliktfall-Fortschreibungen durch einfaches Hochzählen der `versionsnr` eindeutig zu kennzeichnen.

7.4.2 Datenstruktur für die Plausibilitätsprüfung eines Steuerpflichtigen beim BZSt

Typ: `type.plausibilitaetsteuerpflichtiger`

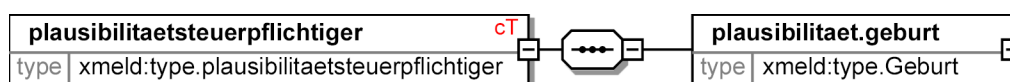
Die hier übermittelten Daten dienen der Plausibilitätsprüfung beim BZSt bzw. der MB.

Bei Übermittlung von MB an BZSt werden in diesem Element die Daten vor Änderung mitgeteilt. Diese Daten müssen identisch sein mit den beim BZSt gespeicherten Daten vor der Änderung.

Bei Übermittlung vom BZSt an MB werden in diesem Element die aktuellen BZSt-Daten übermittelt.

Für die Plausibilitätsdaten wurde bisher nur das Geburtsdatum ausgewählt, da es sich besonders gut zur ergänzenden Identifikation eignet und relativ selten geändert wird. Aus diesem Grunde werden Namen ausdrücklich *nicht* verwendet (Namensänderungen bei Eheschließungen, Vornamensänderungen bei Ausländern, etc).

Bild 7-12 `type.plausibilitaetsteuerpflichtiger`



Kindelement von <code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
plausibilitaet.geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.2.5	24 *

Für das an anderer Stelle definierte Kindelement dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Referenz. (Ausnahme: Eine mit einem * gekennzeichnete Referenz wird nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.4.2.1 `plausibilitaet.geburt` (`type.Geburt`)

Es darf im Zusammenhang mit der Plausibilitätsprüfung nur der Tag der Geburt übermittelt werden.

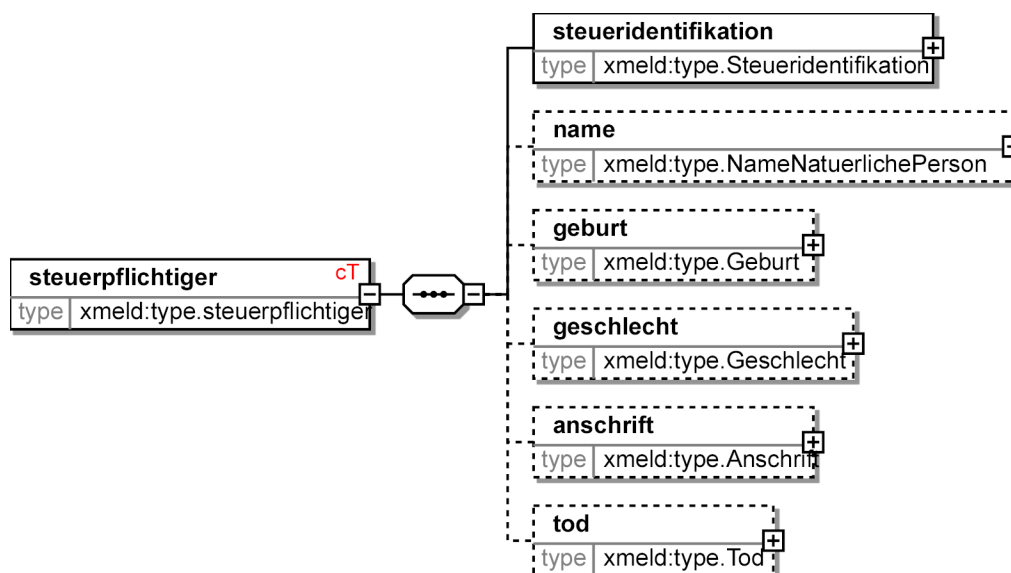
7.4.3 Steuerpflichtiger: Vollständiger Datensatz

Typ: `type.steuerpflichtiger`

Der Typ `type.Steuerpflichtiger` fasst die Daten gemäß § 139b Abs. 6 AO zusammen.

Er dient derzeit (OSCI–XMeld 1.2) nur dokumentarischen Zwecken und wird ansonsten *nicht* in Nachrichten verwendet.

Bild 7-13 `type.steuerpflichtiger`



Kindelemente von <code>type.steuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	0..1	Abschnitt 1.3.1	37 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	0..1	Abschnitt 1.2.5	24 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	0..1	Abschnitt 1.2.6	25
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	0..1	Abschnitt 1.5.4	54 *
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	Abschnitt 1.2.12	31 *

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.4.3.1 **name** (**type.NameNatuerlichePerson**)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.4.3.2 **geburt** (**type.Geburt**)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Information zum Staat, in dem der Betroffene geboren worden ist sowie ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.4.3.3 **anschrift** (**type.Anschrift**)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.4.3.4 **tod** (**type.Tod**)

Es darf nur das Todesdatum (ohne -ort) übermittelt werden.

Nachweisdaten dürfen nicht übermittelt werden.

7.5 Die Nachrichten

Eine Übersicht aller für den Datenaustausch mit dem Bundeszentralamt für Steuern spezifischen Nachrichten finden Sie in der [Tabelle 7-3 auf Seite 314](#). Da es sich um eine Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und anderen Behörden gemäß § 18 MRGG handelt, sind diese Nachrichten Bestandteil der Nachrichtengruppe *“Datenübermittlung”*, siehe [Abschnitt 6.5 auf Seite 259](#).

Die Meldebehörde fordert eine ID-Nummer mit der Nachricht **Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500** ([Abschnitt 7.5.1 auf Seite 333](#)) vom BZSt an. Nachdem die ID-Nummer vergeben worden ist, wird sie vom BZSt mit der Nachricht **Datenuebermittlung.AntwortIdNr.0501** ([Abschnitt 7.5.2 auf Seite 335](#)) an die Meldebehörde gesendet.

Sofern das BZSt auf Seiten der Meldebehörde(n) einen Konflikt vermutet, sendet es eine Nachricht **Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505** ([Abschnitt 7.5.5 auf Seite 341](#)) an die am vermuteten Konflikt beteiligten Meldebehörden. Falls vom BZSt eindeutig ein Fehler in der empfangenen Nachricht festgestellt wurde, so versendet das BZSt die Nachricht **Datenuebermittlung.FehlerhafteNachricht.0508** ([Abschnitt 7.5.8 auf Seite 346](#)) an die Meldebehörde, von der die Nachricht empfangen worden ist.

Mit der Nachricht **Datenuebermittlung.PersonZuRechtGefuehrt.0509** ([Abschnitt 7.5.9 auf Seite 348](#)) kann die Meldebehörde dem BZSt mitteilen, dass die Person mit der angegebenen ID-Nummer zu Recht im Melderegister der Meldebehörde geführt wird.

Sollte eine Meldebehörde auf eine Konfliktmitteilungsnachricht **Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505** nicht innerhalb einer bestimmten Zeit antworten, kann das BZSt diese Nachricht – mit einem entsprechenden Erinnerungstatus versehen – erneut an die Meldebehörde versenden.

Änderungen an den im Melderegister gespeicherten Personendaten werden von der Meldebehörde mit der Nachricht **Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502** ([Abschnitt 7.5.3 auf Seite 336](#)) an das BZSt weitergegeben.

Mit der Nachricht **Datenuebermittlung.StornoAnforderungIdNr.0506** ([Abschnitt 7.5.6 auf Seite 343](#)) kann die Meldebehörde eine irrtümlich durchgeführte ID-Nummern-Anforderung beim BZSt stornieren.

Sofern sich (durch Statuswechsel oder Umzug) ein Zuständigkeitswechsel ergibt, teilt die zukünftig zuständige Meldebehörde diesen Sachverhalt dem BZSt mit der Nachricht **Datenuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504** ([Abschnitt 7.5.4 auf Seite 339](#)) mit. Mit der Nachricht **Datenuebermittlung.EndeZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0510** ([Abschnitt 7.5.10 auf Seite 348](#)) kann eine Meldebehörde ihre bisherige Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen für beendet zu erklären.

Es ist möglich, dass durch meldebehördeninterne Konsolidierung festgestellt wird, dass eine Person aus dem Melderegister zu streichen ist. Dies wird dem BZSt mit der Nachricht **Datenuebermittlung.StornierungPerson.0507** ([Abschnitt 7.5.7 auf Seite 344](#)) mitgeteilt.

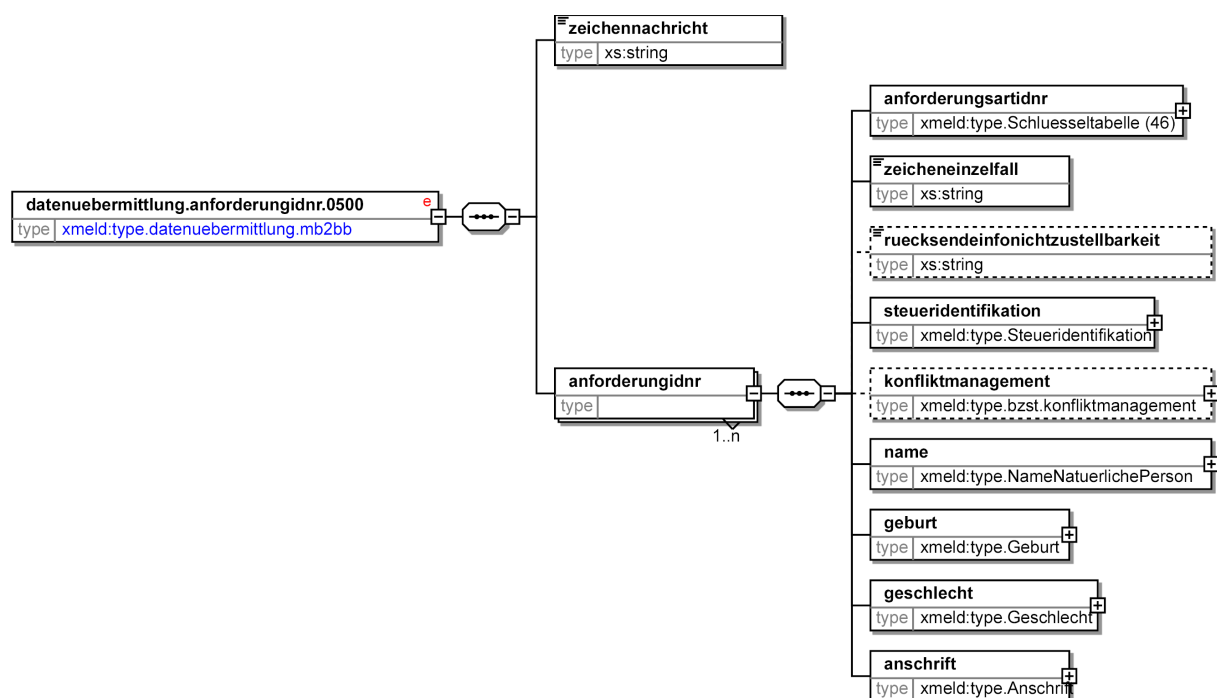
7.5.1 Anforderung der ID-Nummer

Nachricht: *datenuebermittlung.anforderungidnr.0500*

Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für die Betroffenen die Vergabe einer ID-Nummer an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält die vorläufigen Bearbeitungsmerkmale (VBM) für die Betroffenen.

Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht **Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502**) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der ID-Nummer und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten ID-Nummer über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.

Bild 7-14 datenuebermittlung.anforderungidnr.0500



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.3.5 auf Seite 88](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.anforderungidnr.0500</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
anforderungidnr		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.1.1 **zeichennachricht** (**xs:string**)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.1.2 **anforderungidnr**

Der Typ **type.anforderungidnr** enthält Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Anforderungsart.

Kindelemente von anforderungidnr				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
anforderungsartidnr	type.Schluesseltabelle	1		
zeicheneinzelfall	xs:string	1		
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	xs:string	0..1		
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.2.17	34
konfliktmanagement	type.bzst.konfliktmanagement	0..1	Abschnitt 7.4.1	329 *
name	type.NameNatuerlichePerson	1	Abschnitt 1.3.1	37 *
geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.2.5	24 *
geschlecht	type.Geschlecht	1	Abschnitt 1.2.6	25
anschrift	type.Anschrift	1	Abschnitt 1.5.4	54 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.1.2.1 **anforderungsartidnr** (**type.Schluesseltabelle**)

Die **anforderungsartidnr** kann folgende Werte annehmen:

- Stichtagsbezogene Anforderung nach § 139 b Abs. 6 (Erstbestandsaufbau)
- Zuzug ohne ID-Nummer
- Anforderung nach Geburt
- Anforderung nach erfolgter Klärung

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle **46: Mitteilung der Zuständigkeit**.

7.5.1.2.2 **zeicheneinzelfall** (**xs:string**)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.1.2.3 rücksendeinfonichtzustellbarkeit (xs:string)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann gibt das BZSt für den Fall der Unzustellbarkeit die Anschrift der Meldebehörde an, die sich aus den Absenderangaben der sendenden Meldebehörde ergeben.

7.5.1.2.4 konfliktmanagement (type.bzst.konfliktmanagement)

Dieses Element wird nur mitgeschickt, wenn das BZSt eine Dublette vermutet und unter Angabe dieses Konfliktmanagements gemeldet hatte. Die Klärung in der Meldebehörde hat aber ergeben, dass die Anforderung der ID-Nummer zu Recht besteht und aufrecht erhalten wird.

7.5.1.2.5 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.5.1.2.6 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Information zum Staat, in dem der Betroffene geboren worden ist, sowie ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.1.2.7 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.5.2 Mitteilung der ID-Nummer durch das BZSt

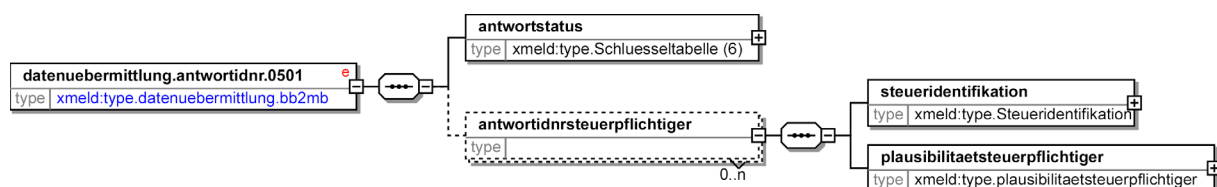
Nachricht: datenuebermittlung.antwortidnr.0501

Die ID-Nummer wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurückübermittelt, d. h., beide Elemente müssen gefüllt sein.

Dabei ist über den **antwortstatus** feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.

Die Übermittlung weiterer Personendaten ist – bis auf Daten zur Plausibilitätsüberprüfung – daher nicht mehr erforderlich.

Bild 7-15 datenuebermittlung.antwortidnr.0501



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.bb2mb** (siehe [Abschnitt 2.3.2 auf Seite 86](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.antwortidnr.0501</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
<code>antwortstatus</code>	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
<code>antwortidnrsteuerpflichtiger</code>		0..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.2.1 `antwortstatus` (`type.Schluesseltabelle`)

Anhand der Belegung dieses Elementes kann festgestellt werden, ob die korrespondierende Anforderungsnachricht überhaupt bearbeitet worden ist.

Im Falle der Nicht-Bearbeitung der Anforderungsnachricht ist anhand des übermittelten Wertes der Grund erkennbar. Dabei sind folgende Werte möglich:

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 6: *Antwortstatus*.

7.5.2.2 `antwortidnrsteuerpflichtiger`

Der Typ `type.antwortidnrsteuerpflichtiger` enthält die Steueridentifikationsdaten des Steuerpflichtigen sowie einen Datenblock zur Plausibilitätsprüfung.

Kindelemente von <code>antwortidnrsteuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
<code>steueridentifikation</code>	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34
<code>plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.2	330

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.3 Änderung der Daten des Steuerpflichtigen

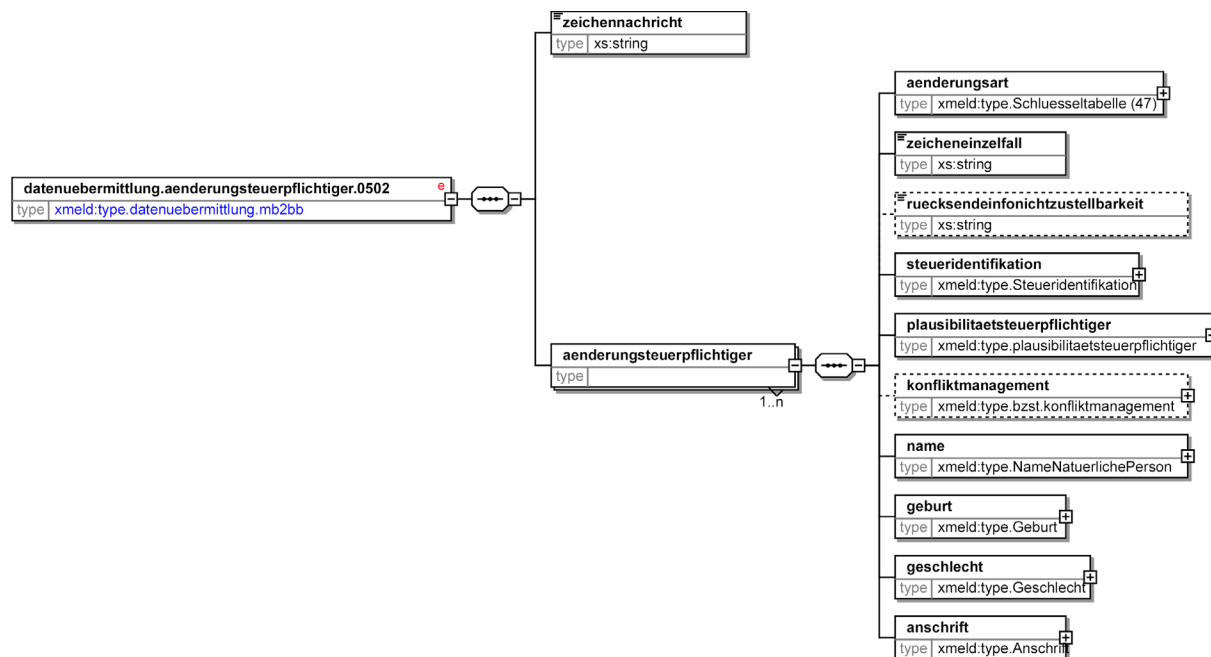
Nachricht: `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502`

Die Nachricht `Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502` wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn Personendaten geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde.

Es werden grundsätzlich *alle beim BZSt zu speichernden Daten* übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.

Anhand der gelieferten Daten ist der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der ID-Nummer beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.

Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum *vor Änderung* übermittelt, in der Nachricht selbst das *geänderte* Geburtsdatum

Bild 7-16 datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.3.5 auf Seite 88](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
aenderungsteuerpflichtiger		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.3.1 `zeichennachricht` (`xs:string`)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.3.2 `aenderungsteuerpflichtiger`

Der Typ `type.aenderungsteuerpflichtiger` enthält geänderte Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Änderungsart.

Kindelemente von <code>aenderungsteuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
aenderungsart	<code>type.Schlusselfabelle</code>	1		

Kindelemente von <i>aenderungsteuerpflichtiger</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	<code>xs:string</code>	0..1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.2	330
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	0..1	Abschnitt 7.4.1	329 *
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.3.1	37 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.2.5	24 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.2.6	25
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.5.4	54 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.3.2.1 *aenderungsart* (`type.Schluesselfabelle`)

Die *aenderungsart* kann u. a. folgende Werte annehmen:

- Änderungsmitteilung
- Änderungsmitteilung nach erfolgter Klärung

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 47: *Änderungsart*.

7.5.3.2.2 *zeicheneinzelfall* (`xs:string`)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.3.2.3 *ruecksendeinfonichtzustellbarkeit* (`xs:string`)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann gibt das BZSt für den Fall der Unzustellbarkeit die Anschrift der Meldebehörde an, die sich aus den Absenderangaben der sendenden Meldebehörde ergeben.

Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der ID-Nummer abgeschlossen ist.

7.5.3.2.4 *konfliktmanagement* (`type.bzst.konfliktmanagement`)

Dieses Element wird nur mitgeschickt, wenn das BZSt eine Dublette vermutet und unter Angabe dieses Konfliktmanagementelements gemeldet hatte. Die Klärung in der Meldebehörde hat aber ergeben, dass die Meldebehörde zu Recht befugt ist, die Daten des Steuerpflichtigen zu ändern.

7.5.3.2.5 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.5.3.2.6 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Information zum Staat, in dem der Betroffene geboren worden ist sowie ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.3.2.7 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

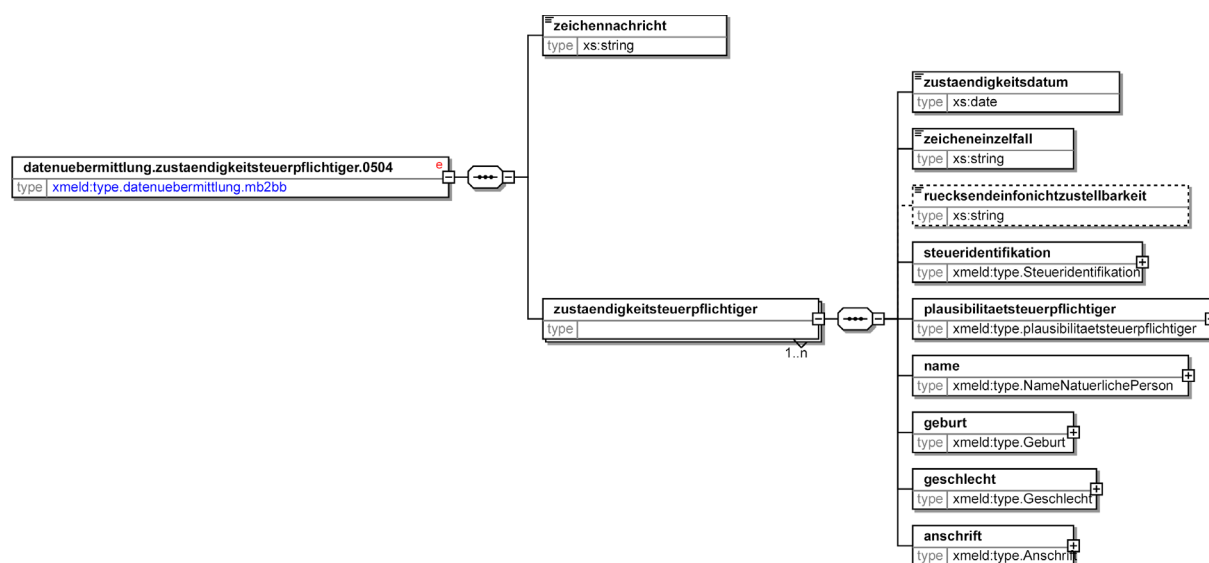
7.5.4 Änderung der für den Steuerpflichtigen zuständigen Meldebehörde

Nachricht: datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504

Die Nachricht **Datenuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504** wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Dies ist mit der Übermittlung eines Zuständigkeitsdatums verbunden.

Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).

Bild 7-17 datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.3.5 auf Seite 88](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
zustaendigkeitsteuerpflichtiger		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.4.1 **zeichennachricht** (**xs:string**)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.4.2 **zustaendigkeitsteuerpflichtiger**

Der Typ **type.zustaendigkeitsteuerpflichtiger** enthält den kompletten Datensatz über den Steuerpflichtigen sowie das Datum, zu dem der Wohnungstatuswechsel stattgefunden hat bzw. die Haupt- oder alleinige Wohnung bezogen worden ist.

Kindelemente von zustaendigkeitsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zustaendigkeitsdatum	xs:date	1		
zeicheneinzelfall	xs:string	1		
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	xs:string	0..1		
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.2.17	34
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	Abschnitt 7.4.2	330
name	type.NameNatuerlichePerson	1	Abschnitt 1.3.1	37 *
geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.2.5	24 *
geschlecht	type.Geschlecht	1	Abschnitt 1.2.6	25
anschrift	type.Anschrift	1	Abschnitt 1.5.4	54 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.4.2.1 **zustaendigkeitsdatum** (**xs:date**)

Es ist entweder das Datum des Beziehens der Haupt- oder alleinigen Wohnung oder das Datum des Statuswechsels (Nebenwohnung wird Hauptwohnung) anzugeben.

Ab diesem Datum ist die im Nachrichtenkopf mit übermittelte Meldebehörde zuständig.

Zuständig in diesem Sinne bedeutet, dass das BZSt ab diesem Datum Nachrichten vom Typ **Datenu-ebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502** nur noch von dieser Meldebehörde akzeptiert.

Das Datum ist erforderlich, weil nicht auszuschließen ist, dass aufgrund einer hohen Mobilität einzelner Meldepflichtiger Nachrichten des Typs **Datenu-ebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504** beim BZSt nicht in der Reihenfolge der Ereignisse eintreffen (Nachrichten überholen sich aufgrund von Verzögerungen in den Meldebehörden).

7.5.4.2.2 zeicheneinzelfall (xs:string)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.4.2.3 ruecksendeinfonichtzustellbarkeit (xs:string)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann gibt das BZSt für den Fall der Unzustellbarkeit die Anschrift der Meldebehörde an, die sich aus den Absenderangaben der sendenden Meldebehörde ergeben.

Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der ID-Nummer abgeschlossen ist.

7.5.4.2.4 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen, Ordens- und Künstlernamen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.5.4.2.5 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Information zum Staat, in dem der Betroffene geboren worden ist, sowie ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.4.2.6 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.5.5 Mitteilung des BZSt über vermutete Unrichtigkeiten im Melderegister

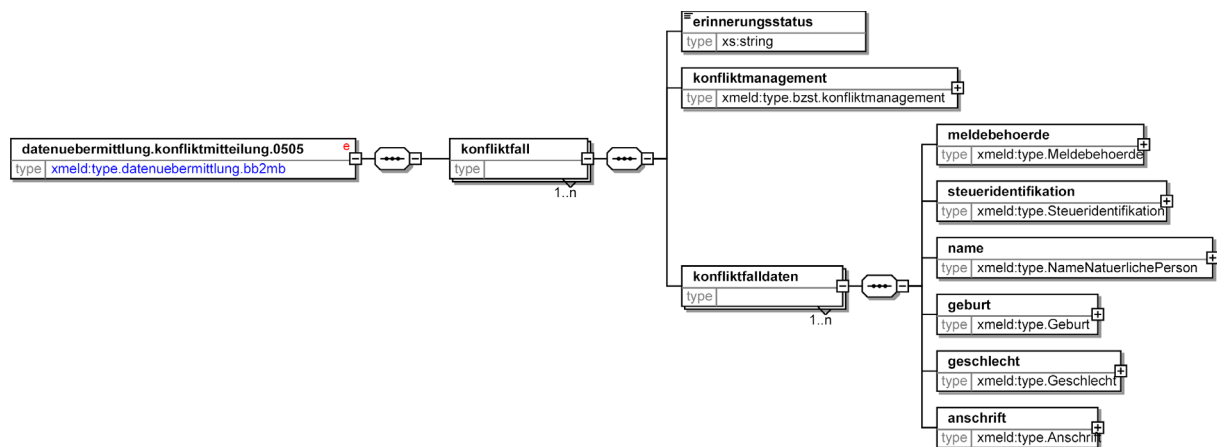
Nachricht: datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505

Mit dieser Nachricht teilt das BZSt den betroffenen Meldebehörden mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.

Alle Meldebehörden sind verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen.

Jede Meldebehörde erhält Informationen über alle betroffenen Meldebehörden (Gemeindename, Erreichbarkeit) sowie vollständig alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)

Außerdem wird die Konfliktmanagementnummer zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.

Bild 7-18 datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.3.2 auf Seite 86](#)).

Kindelement von datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktfall		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.5.1 konfliktfall

Dieses Element wird zur Übermittlung genau eines Konfliktfalls verwendet. Innerhalb der umfassenden Nachricht `Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505` kann dieses Element allerdings n-mal auftreten.

Falls eine Meldebehörde auf die initiale Konfliktmitteilung nicht innerhalb einer sinnvollen Zeit (vom BZSt zu definieren) reagiert, hat das BZSt die Möglichkeit, diese Nachricht erneut zu schicken. Dabei nutzt das BZSt das Feld `erinnerungsstatus`, um der Meldebehörde qualifiziert mitzuteilen, welche Erinnerungsstufe vorliegt.

Kindelemente von konfliktfall				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
erinnerungsstatus	<code>xs:string</code>	1		
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.1	329
konfliktfalldaten		1..n		

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für das an anderer Stelle definierte Kindelement dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Referenz. (Ausnahme: Eine mit einem * gekennzeichnete Referenz wird nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.5.1.1 `erinnerungsstatus` (`xs:string`)

Das Feld `erinnerungsstatus` dient der Übermittlung von Erinnerungs-Warnstufen an die Meldebehörde.

7.5.5.1.2 `konfliktfalldaten`

Es werden für jeden am Konflikt beteiligten BZSt-Datensatz alle beim BZSt gespeicherten Daten zu Vergleichszwecken übermittelt.

Kindelemente von <code>konfliktfalldaten</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
meldebehoerde	<code>type.Meldebehoerde</code>	1	Abschnitt 1.6.2	60
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.3.1	37 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.2.5	24
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.2.6	25
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.5.4	54

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.5.1.2-1 `name` (`type.NameNatuerlichePerson`)

Dies Element umfasst nur die Namensinformationen, wie sie auch von der Meldebehörde empfangen wurden.

7.5.6 Stornierung einer vorherigen ID-Nummern-Anforderung durch die Meldebehörde

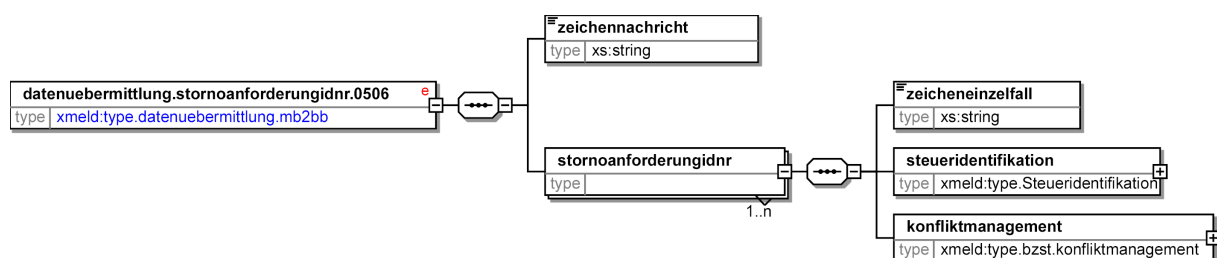
Nachricht: `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`

Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag auf Erteilung einer ID-Nummer zurück.

Dieser Nachricht gehen eine ID-Nummern-Anforderung (`Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500`), eine Konfliktmitteilung (`Datenuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505`) sowie eine Konfliktklärung voraus.

Es handelt sich um eine Sammelnachricht, mit der mehrere Stornierungen übermittelt werden können.

Bild 7-19 `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.3.5 auf Seite 88](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
stornoanforderungidnr		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.6.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.6.2 `stornoanforderungidnr`

Stornierung *eines* Anforderungsfalles.

Kindelemente von <code>stornoanforderungidnr</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.1	329

Das Kindelement dieses Typs wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.6.2.1 `zeicheneinzelfall (xs:string)`

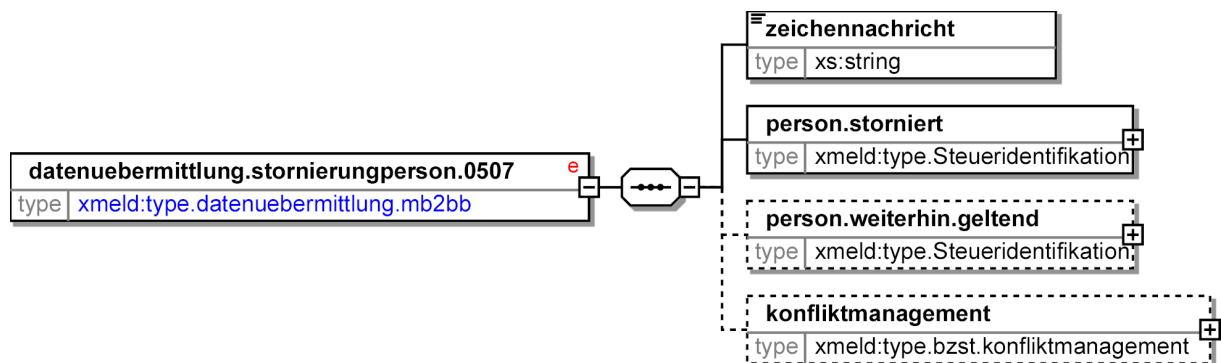
Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalles innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.7 Mitteilung der Stornierung einer Person an das BZSt

Nachricht: `datenuebermittlung.stornierungperson.0507`

Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine (mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten) Person zu löschen ist, so ist mit dieser Nachricht (`Datenuebermittlung.StornierungPerson.0507`) das BZSt zu informieren.

Führt die Meldebehörde in ihrem Register zwei Datensätze zusammen, teilt sie die weiterhin geltende und die stornierte ID-Nummer dem BZSt mit dieser Nachricht mit.

Bild 7-20 datenuebermittlung.stornierungperson.0507

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.3.5 auf Seite 88](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.stornierungperson.0507</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
person.storniert	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34 *
person.weiterhin.geltend	<code>type.Steueridentifikation</code>	0..1	Abschnitt 1.2.17	34 *
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	0..1	Abschnitt 7.4.1	329 *

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieser Nachricht verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.7.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.7.2 `person.storniert (type.Steueridentifikation)`

Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde gelöschten Person.

7.5.7.3 `person.weiterhin.geltend (type.Steueridentifikation)`

Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde weiterhin geltenden Person.

7.5.7.4 `konfliktmanagement (type.bzst.konfliktmanagement)`

Wenn der Anlass zur Überprüfung des Melderegisters ein Konfliktfall gewesen ist, dann kann mit diesem Element auf den Konfliktfall referenziert werden.

7.5.8 Mitteilung eines Fehlers an die Meldebehörde

Nachricht: **datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508**

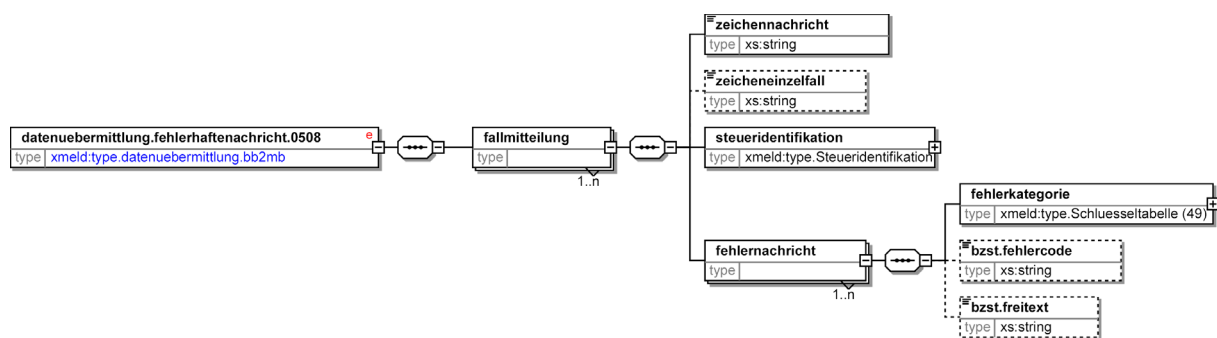
Diese Nachricht wird vom BZSt an diejenige Meldebehörde geschickt, die eine ID-Nummer angefordert (**Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500**), eine Änderungsnachricht (**Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502**) oder eine Zuständigkeitswechsellnachricht (**Datenuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504**) versendet hat und bei der diese Nachricht einen objektiv eindeutigen Fehler enthält.

Mit der Schlüsseltabelle 49 wird der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI-XMeld.

Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.

Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle (die sich auf verschiedene fehlerhafte Nachrichten beziehen können) an eine Meldebehörde übermitteln.

Bild 7-21 datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.bb2mb** (siehe [Abschnitt 2.3.2 auf Seite 86](#)).

Kindelement von datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
fallmitteilung		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.8.1 fallmitteilung

Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fall übermittelt. Um auf Seiten der Meldebehörde eine eindeutige Zuordnung zu der von dort versendeten, fehlerhaften Nachricht zu ermöglichen, übermittelt das BZSt je Fall die folgenden Felder:

- **zeichennachricht**: Zeichenkette, die die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert
- **zeicheneinzelfall**: Zeichenkette, mit der der fehlerhafte Fall innerhalb der Nachricht identifiziert wird (wichtig bei Sammelnachrichten)

Da je Fall durchaus mehrere Fehlerarten möglich sind, kann das Element **fehlernachricht** mehrfach auftreten.

Kindelemente von <i>fallmitteilung</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	xs:string	1		
zeicheneinzelfall	xs:string	0..1		
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.2.17	34
fehlernachricht		1..n		

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für das an anderer Stelle definierte Kindelement dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführte Referenz. (Ausnahme: Eine mit einem * gekennzeichnete Referenz wird nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.8.1.1 *zeichennachricht* (**xs:string**)

Zeichenkette, mit der die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert werden kann

7.5.8.1.2 *zeicheneinzelfall* (**xs:string**)

Zeichenkette, mit der innerhalb der von der Meldebehörde gesendeten, fehlerhaften Nachricht ein konkreter Fall identifiziert werden kann. (Dieses Element ist nur vorhanden, wenn auf eine Sammelnachricht geantwortet wird.)

7.5.8.1.3 *fehlernachricht*

Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fehler beschrieben, der sich innerhalb einer Nachricht in einem konkreten Fall befindet.

Kindelemente von <i>fehlernachricht</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
fehlerkategorie	type.Schluesseltabelle	1		
bzst.fehlercode	xs:string	0..1		
bzst.freitext	xs:string	0..1		

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.8.1.3-1 *fehlerkategorie* (**type.Schluesseltabelle**)

Das BZSt kann hier eine grobe Vorklassifizierung des gefundenen Fehlers vornehmen.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle **49: Fehlermeldungen des BZSt**.

7.5.8.1.3-2 *bzst.fehlercode* (**xs:string**)

Hier wird der BZSt-interne Fehlercode für den zu beschreibenden Fehler abgelegt.

7.5.8.1.3-3 *bzst.freitext* (**xs:string**)

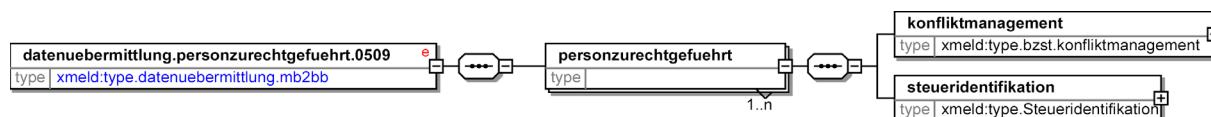
Das BZSt hat mit diesem Feld die Möglichkeit, eine Freitext-Beschreibung des gefundenen Fehlers mitzuliefern.

7.5.9 Mitteilung, dass eine Person zu Recht im Melderegister geführt wird

Nachricht: *dateneuebermittlung.personzurechtgefuehrt.0509*

Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen ID-Nummer zu Recht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht *Dateneuebermittlung.Konfliktmitteilung.0505* geschickt werden.

Bild 7-22 dateneuebermittlung.personzurechtgefuehrt.0509



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.dateneuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.3.5 auf Seite 88](#)).

Kindelement von <i>dateneuebermittlung.personzurechtgefuehrt.0509</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
personzurechtgefuehrt		1..n		

Das hier neu definierte Kindelement dieser Nachricht wird in dem folgenden Unterabschnitt beschrieben.

7.5.9.1 personzurechtgefuehrt

Auf Anforderung durch das BZSt wurde für diese Person die rechtmäßige Führung im Melderegister festgestellt.

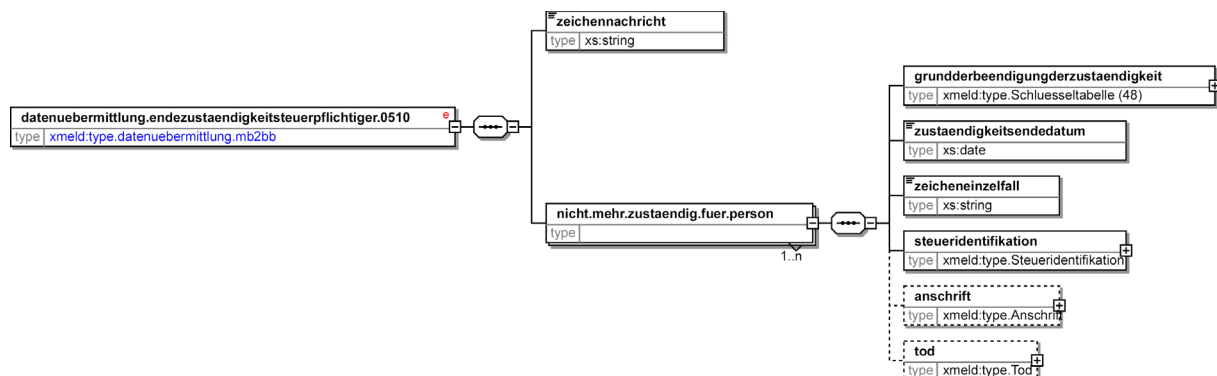
Kindelemente von <i>personzurechtgefuehrt</i>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.1	329
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.10 Mitteilung einer Meldebehörde über das Ende der Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen

Nachricht: *dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510*

Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt.

Bild 7-23 datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.3.5 auf Seite 88](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
nicht.mehr.zustaendig.fuer.person		1..n		

Die hier neu definierten Kindelemente dieser Nachricht werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

7.5.10.1 `zeichennachricht` (`xs:string`)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.10.2 `nicht.mehr.zustaendig.fuer.person`

Für jede Person, für die die Zuständigkeit der Meldebehörde erloschen ist, wird ein derartiges Element erzeugt.

Kindelemente von <code>nicht.mehr.zustaendig.fuer.person</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
grundderbeendigungderzustaendigkeit	<code>type.Schlusseltabelle</code>	1		
zustaendigkeitsendedatum	<code>xs:date</code>	1		
zeicheneinzelfall	<code>xs:string</code>	1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.2.17	34
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	0..1	Abschnitt 1.5.4	54 *
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	Abschnitt 1.2.12	31 *

Die Kindelemente dieses Typs werden in den folgenden Unterabschnitten beschrieben.

Für die an anderer Stelle definierten Kindelemente dieses Typs verweisen wir auf die in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Referenzen. (Ausnahme: Die mit einem * gekennzeichneten Referenzen werden nachfolgend aufgeführt, da der beschreibende Kommentar gegenüber der Definitionsstelle geändert wurde.)

7.5.10.2.1 grundderbeendigungderzustaendigkeit (type.Schluesseltabelle)

Beendigung der Zuständigkeit

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 48: *Mitteilung der Beendigung der Zuständigkeit*.

7.5.10.2.2 zustaendigkeitsendedatum (xs:date)

Mit diesem Datum teilt die Meldebehörde den Zeitpunkt des Endes ihrer Zuständigkeit mit. Im Todesfall wird hier zusätzlich zu dem Eintrag **sterbetag** im Element **tod** der Sterbetag eingetragen.

7.5.10.2.3 zeicheneinzelfall (xs:string)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.10.2.4 anschrift (type.Anschrift)

Sollte die Meldebehörde Informationen über die neue Anschrift des Betroffenen haben, so kann sie diese Informationen mitliefern.

7.5.10.2.5 tod (type.Tod)

Es darf nur das Todesdatum (ohne -ort) übermittelt werden.

Nachweisdaten dürfen nicht übermittelt werden.

7.6 Rahmenbedingungen

Spezielle Anforderungen, die sich aus der Kommunikation zwischen Bundeszentralamt für Steuern und den Meldebehörden ergeben, sind hier aufzuführen.

7.7 Versionshistorie

In diesem Abschnitt beschreiben wir die Versionshistorie der Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern*.

7.7.1 Release OSCI-XMeld 1.3.0

Die Namensänderung des „Bundesamtes für Finanzen“ in „Bundeszentralamt für Steuern“ ab 01.01.2006 wurde überall berücksichtigt. Damit verbunden waren Änderungen sowohl in den beschreibenden Texten als auch auf struktureller Ebene.

7.7.2 Release OSCI-XMeld 1.3

In den Nachrichten **Datenuebermittlung.AnforderungIdNr.0500**, **Datenuebermittlung.AenderungSteuerpflichtiger.0502** und **Datenuebermittlung.ZustaendigkeitSteuerpflichtiger.0504** wurde mit Hilfe eines entsprechenden Attributes (*ruecksendeinfonichtzustellbarkeit*) dafür Sorge getragen, dass bei Nichtzustellbarkeit eines vom BZSt verschickten Briefes eine Weiterleitung an die jeweils zuständige Meldebehörde erfolgt.

7.7.3 Release *OSCI-XMeld 1.2*

Die Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern* ist im Rahmen des Projektes *OSCI-XMeld 1.2* neu entwickelt worden. Da der Datenaustausch gemäß § 139b AO ganz neu entwickelt werden musste, und da auf Seiten des BZSt das zugehörige Fachverfahren erst noch aufgebaut wird, ist von Konsolidierungsbedarf auszugehen. Wir gehen davon aus, dass es im ersten Halbjahr 2005 zu Integrations-tests kommen wird. Deren Ergebnisse werden für die nächste Version von *OSCI-XMeld* zu einer Konsolidierung der Nachrichten an das BZSt führen.